

Lebensqualität, Konsum und Umwelt: intelligente Lösungen statt unnötiger Gegensätze

Gutachten

Joachim H. Spangenberg und Sylvia Lorek
SERI Sustainable Europe Research Institute Köln / Wien

ISBN 3-89892-165-4

Herausgeber und Redaktion:

Albrecht Koschützke, Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Copyright 2003 by Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Layout: POPYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: Toennes Satz + Druck, Erkrath

Printed in Germany 2003

Vorwort

Dass unser Wirtschaftssystem gegenwärtig seine eigenen ökologischen Grundlagen gefährdet, ist hinreichend belegt. Wie aber schaffen wir den Übergang zu nachhaltigen Wirtschafts- und Verhaltensweisen? Und wer soll den Wandel in die Hand nehmen? Seit die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erkannt wurde, ist Umweltschutz vor allem als staatliche Aufgabe angesehen worden. In jüngster Zeit werden zunehmend auch die Verbraucher als Akteure der Umweltpolitik wahrgenommen, die durch ihr Konsumverhalten Einfluss auf die Produktionsbedingungen und damit auch auf den Zustand der Umwelt haben.

Diese Aufwertung der Rolle der Verbraucher ist angesichts der Globalisierung der Weltwirtschaft unausweichlich. Auf einem globalen Markt können Anforderungen an Beschaffenheit und Produktionsweise von Waren und Dienstleistungen nicht mehr allein durch nationale Anforderungen im Detail geregelt werden. Internationale Regelungen fehlen in den meisten Fällen noch und werden voraussichtlich auch erst mittel- bis langfristig geschaffen werden können. Um in dieser Situation einen Preiswettbewerb auf Kosten der Umwelt zu verhindern, wird es immer wichtiger, dass sich die Verbraucher für ökologisch verträgliche Waren und Dienstleistungen entscheiden.

Allerdings kann man nicht darauf vertrauen, dass die Verbraucher nun die Lasten schul-

tern werden, die der Staat nicht mehr tragen kann. Die Realität des Konsumverhaltens gibt hierzu keinen Anlass. Bislang spielt die Umweltverträglichkeit von Waren und Dienstleistungen bei der Kaufentscheidung meist nur eine untergeordnete Rolle – obwohl die Verbraucher in Umfragen regelmäßig ihr großes Interesse an umweltverträglichen Produkten bekunden. Es wäre aber auch unfruchtbar, das immer wieder festgestellte Auseinanderfallen von innerer Einstellung und realem Verhalten moralisch zu kritisieren. Diese Diskrepanz spiegelt nicht zuletzt die Tatsache wider, dass gegenwärtig zu wenig materielle und immaterielle Anreize bestehen, die von den Verbrauchern geäußerte Präferenz für umweltverträgliche Güter und Dienstleistungen auch in die Tat umzusetzen.

Nötig ist daher eine aktive politische und gesellschaftliche Gestaltung der Verbrauchernachfrage. Das beginnt bei den Informationsrechten der Verbraucher – nur wer weiß, welches Produkt umweltverträglich ist, kann ökologisch verträglich konsumieren –, setzt sich fort bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die derzeit noch in vielen Fällen nicht nachhaltige Verhaltensweisen begünstigen, und reicht bis zur Vermittlung neuer Werthaltungen und Leitbilder.

Sylvia Lorek und Joachim H. Spangenberg zeigen in dieser Studie Wege auf, um ein neues, attraktives Leitbild für ökologisch verträgliches Handeln zu etablieren. Die hier

dargelegten Verbindungen zwischen Lebensqualität und ökologischer Verträglichkeit liefern ebenso wie die politischen Vorschläge zur Veränderung der bestehenden Anreizstrukturen wertvolle Denkanstöße und Argumente für die anstehende Herausforderung einer nachhaltigen Verbraucherpolitik.

Prof. Dr. Edda Müller
Vorstand Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Inhalt

| | |
|--|----|
| Zusammenfassung | 7 |
| Lebensqualität und nachhaltiger Konsum | 9 |
| 1. Leitbild Lebensqualität | 13 |
| Was sind Leitbilder? | 13 |
| Funktionen von Leitbildern | 14 |
| Leitbilder der Zukunftsfähigkeit und ihre Bedeutung | 16 |
| 2. Die Rolle von Arbeit, Einkommen und Konsum | 19 |
| 3. Konsum und Umwelt – gar nicht so widersprüchlich | 22 |
| Bauen und Wohnen | 25 |
| Ernährung | 26 |
| 4. Lebensqualität steigern, Umwelt entlasten | 27 |
| Ernährung | 27 |
| Bauen und Wohnen | 30 |
| 5. Neue Vorbilder braucht das Land | 34 |
| 6. Von ersten Schritten und dem weiteren Weg | 40 |
| Bauen und Wohnen | 40 |
| Ernährung | 41 |
| Literatur | 43 |
| Die Autoren | 46 |

Zusammenfassung

Wer will nicht ein gutes Leben für sich und ein besseres für seine Kinder? **Der Begriff Lebensqualität fasst zusammen, was Menschen als gutes Leben anstreben.** Er ist nicht einfach zu definieren, denn die Wünsche und Vorlieben der Menschen sind vielfältig. Eine bessere Lebensqualität beinhaltet auch eine gesunde Natur und Umwelt. Doch **wie viel Natur- und Umweltschutz braucht eine bessere Lebensqualität und wann wird Umweltschutz (subjektiv oder objektiv) lästig und beeinträchtigt die Lebensqualität?**

Im Verlauf der umweltbewegten achtziger Jahre ist das ursprünglich positive Verhältnis von Umweltschutz und Lebensqualität ambivalent geworden bzw. ist auf dem Weg in die Spaßgesellschaft umgeschlagen. Dies war nicht nur eine Folge politisch motivierter Verleumdungen der Umweltbewegung und der Entwicklung von individualisierten, lustbetonten Lebensstilen, sondern wurde auch durch das Verhalten vieler Umweltschützer erleichtert. Sie erzeugten ein **Gefühl der Unzulänglichkeit**, da nicht alles getan werden kann, was vorgeschlagen oder gar als dringend beschrieben wird: **Öko-Frust statt Umweltlust** ist die Folge. Daher gilt: Nur wer nicht von einer Vielzahl der Möglichkeiten mehr oder weniger umweltfreundlichen Verhaltens überfordert wird, kann gezielt und genussvoll dort aktiv werden, wo es sich persönlich, gesellschaftlich und für die Umwelt lohnt.

Dazu brauchen wir **ein neues Leitbild von Lebensqualität durch Umweltschutz und Umweltschutz für Lebensqualität**, denn der Begriff Lebensqualität ist von seiner Grundkonstruktion mit den Vorstellungen eines nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens durchaus kompatibel. Steigerung der Lebensqualität beinhaltet unter anderem die Sicherung der materiellen Existenzgrundlage, Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität, Entgiftung der Umwelt und der Nahrungsmittel, Schaffung gleicher Bildungs- und Aufstiegschancen sowie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung und die Verfügbarkeit zufriedenstellender Konsummöglichkeiten.

Dabei ist der **Zusammenhang von Konsum und Lebensqualität alles andere als eindeutig**: Konsum kann Bedürfnisse befriedigen und Zufriedenheit erzeugen, er kann aber auch auf Statusgüter zielen, die zwar Ansehen bringen, aber – da im Wandel begriffen – einen ständigen Erneuerungszwang und damit Leistungsdruck erzeugen. Maximaler Konsum heißt keineswegs notwendig maximale Lebensqualität, aber auch nicht umgekehrt. Gleichzeitig ist die durch das Streben nach mehr Lebensqualität motivierte Konsumnachfrage einer der Motoren für wirtschaftliche Entwicklung und Innovation, die auch der Umwelt zugute kommen kann.

Nicht alle Konsumbereiche, und erst recht nicht alle Faktoren, die zu einer guten Le-

bensqualität beitragen, sind für den Schutz einer gesunden Umwelt von gleicher Bedeutung. Deshalb ist es besonders wichtig, die Felder zu identifizieren, in denen der Konsum der Haushalte wesentliche Umweltwirkungen hat, und nach Alternativen zu suchen, die nicht zu Lasten der Lebensqualität gehen. Eine umweltgerechte oder – breiter – nachhaltige Ausrichtung des Konsums kann so Lebensqualität fördern, aber falsch gemacht kann sie auch eine Belastung der Verbraucher/innen darstellen. **Von herausragender Bedeutung für den Umweltverbrauch und von den Haushalten beeinflussbar sind die Bereiche Bauen und Wohnen, Ernährung und Mobilität.** Hier ist zu zeigen, dass ein nachhaltiger Lebensstil nicht nur möglich ist, sondern auch Spaß machen und genussvoll sein kann. Dazu zählen schmackhafte, unbelastete Nahrungsmittel aus ökologischem Anbau, hochwertiges Wohnen in der Stadt zu bezahlbaren Preisen und eine Politik, die das Mobil-sein-Können mit Nicht-mobil-sein-Müssen und einer Verbesserung des Verkehrsangebots verbindet.

Der Politik bleiben in den nächsten Jahren hier noch viele neue Aufgaben; sie hat erste Schritte getan, ist aber über solche kaum hinausgekommen. Weitere konkrete Empfehlungen sind im Bereich Bauen und Wohnen beispielsweise:

- eine Verschärfung der EnergieEinsparverordnung (EnEV), damit der angestrebte Niedrigenergiestandart auch wirklich erreicht wird
- eine Ausweitung des „Leitfaden nachhaltiges Bauen“ auf nicht-bundeseigene Bauvorhaben und die Ergänzung um einen Teil zur sozial-ökologischen Altbaumodernisierung

- eine konsequentere Förderung der Sanierung des Bestandes zu Lasten der Neubauförderung, verbunden mit der Förderung von Musterlösungen ökologischer Stadtentwicklung und finanziert durch eine Besteuerung der Flächennutzung.

Als nächste notwendige Schritte zur Förderung einer nachhaltigen Ernährung bieten sich an:

- die Umschichtung von Fördermitteln z.B. für Flurbereinigung und Wegebau, die Stärkung und der Ausbau des Vertragsnaturschutzes und die Förderung von Absatzgemeinschaften im ökologischen Landbau
- eine Abgabe auf Düngemittel und Pestizide (die ebenfalls zur Finanzierung oben genannter Maßnahmen dienen könnte)
- ein Verbot hormoneller und antibiotischer Leistungsförderer.

Für ein nachhaltiges Gelingen müssen all diese Maßnahmen eingebettet sein in ein anderes Verständnis der Rolle von Politik als dies heute praktiziert wird: nicht mehr als Moderator gesellschaftlicher Prozesse, sondern als Zielgeber und aktiver Gestalter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist Politik gefragt.

Lebensqualität und nachhaltiger Konsum

Wer will nicht ein gutes Leben für sich und ein besseres für seine Kinder? Der Begriff **Lebensqualität** fasst das zusammen, was Menschen als gutes Leben anstreben. Er ist nicht einfach zu definieren, denn die Wünsche und Vorlieben der Menschen sind vielfältig, aber eine Reihe von Elementen wird immer wieder genannt: Gesundheit und Fitness, Arbeit und soziale Sicherheit, Bildung und Information, ein soziales Umfeld, das Anerkennung und Kontakt bietet, sowie nicht zuletzt eine gesunde Umwelt. Auffällig an dieser Liste ist, dass unbegrenzter Konsum, Reichtum oder auch nur ein hohes Einkommen hier nicht vorkommen – Konsum und Einkommen sind für die meisten Menschen kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Steigerung des Wohlbefindens, die Bildung, soziale Absicherung und Anerkennung verschaffen. Konsum ist gleichfalls kein Selbstzweck, sondern dient Gesundheit, Fitness, Bildung, Anerkennung und Genuss. Längst ist erkannt, dass eine gesunde Lebensumwelt eine wesentliche Voraussetzung ist, um sich wohl zu fühlen. Lebensqualität und Wohlbefinden sind ohne eine *intakte* Natur undenkbar, sei es zur Produktion gesunder Nahrungsmittel, zur Verhinderung von Umwelterkrankungen wie Asthma oder zur Vermeidung von Umweltkatastrophen wie Hochwasser und Überschwemmungen. Doch **wie viel Natur- und Umweltschutz braucht eine bessere Lebensqualität und wann wird Umweltschutz (subjektiv oder objektiv) lästig und beeinträchtigt die Lebensqualität?**

In den letzten drei Jahrzehnten, d.h. seit den ersten Umweltprogrammen der Regierung Willy Brandt (BMI 1970; Bundesregierung 1971) hat der Umweltschutz so selbstverständlich zu einer besseren Lebensqualität beigetragen, dass wir seine Erfolge schon gar nicht mehr bewusst wahrnehmen (BMU 1998; OECD 2001):

- Flüsse schäumen nicht mehr wie früher als Folge des damals hohen Phosphatgehalts der Wasch- und Reinigungsmittel über; die Fische kommen wieder, und in einigen Flüssen kann man sogar wieder schwimmen;
- Abfälle liegen nicht mehr auf wilden Deponien im Wald, sondern werden gesammelt und zunehmend – wenn auch längst noch nicht ausreichend – verwertet; Altlasten wurden und werden saniert, und die Sondermüllproduktion ist soweit gesunken, dass Deutschland nach langen Jahren keinen Giftmüll mehr exportiert;
- in den Ballungsräumen ist dank Filtern die Luft sauberer, durch Rauchgasreinigung hat der saure Regen so nachgelassen, dass das Waldsterben weitgehend zum Stillstand gekommen ist, wenngleich auf einem anhaltend hohen Schadensniveau;
- durch die Einführung von bleifreiem Benzin ist die Schwermetallbelastung von Mensch und Natur als ein wesentliches Umweltproblem des Verkehrs zurückgegangen; andere, wie Flächenverbrauch,

Lärm und CO₂-Emissionen, bleiben. Die Zahl der Verkehrstopfer sinkt langsam, ist aber immer noch inakzeptabel hoch;

- der Erhalt der Naturlandschaft hat Fortschritte gemacht, und dem Artenschutz kommt ein hoher Stellenwert zu, auch wenn der Stand des Naturschutzes noch hinter dem Stand des Europarechts zurückbleibt;
- das Trinkwasser aus unseren Leitungen kann nahezu überall in unbegrenzter Menge als Lebensmittel genossen werden.

Diese umweltpolitischen Erfolge – und es wären noch etliche mehr zu nennen – machen einen Teil der Lebensqualität aus, die ein angemessener Umweltschutz bietet.

Und doch, **im Verlauf der umweltbewegten achtziger Jahre ist das Verhältnis von Umweltschutz und Lebensqualität ambivalent geworden bzw. ist auf dem Weg in die Spaßgesellschaft umgeschlagen. Umweltschutz wurde nicht länger als eine moderne Errungenschaft betrachtet, die das Wohlbefinden der Bevölkerung steigert, sondern wurde mit freudlosem Verzicht, mit verbissen-alternativen Lebensweisen statt mit Lebensgenuss gleichgesetzt. Dies war nicht nur eine Folge politisch motivierter Verleumdungen der Umweltbewegung und der Entwicklung von individualisierten, lustbetonten Lebensstilen, sondern wurde auch durch das Verhalten vieler Umweltschützer erleichtert, die – symbolische – Schlachten für Second Hand Kleidung und gegen Mode, für Recyclingpapier und gegen Kosmetik führten. Symbolisch waren diese Auseinandersetzungen insofern, als die angegriffenen Konsumelemente ökologisch von eher marginaler Bedeutung sind, aber Symbole un-**

terschiedlicher Lebens- und Konsumstile darstellen.

Neben diesen symbolischen Konflikten und in diese verwoben gab es den Streit um reale Alternativen, die teilweise – in Fällen wie der individuellen Mobilität, dem goldenen Kalb unserer Gesellschaft, oder der Braunkohlenutzung – als ein Angriff auf die Lebensqualität oder den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ empfunden und abgewehrt wurden (ein „Autokanzler“ ist wählbar, ein „Fahrradkanzler“ wäre es kaum). Andere Ziele wie Abfallvermeidung (das Aufkommen sinkt real) oder Atomkraftausstieg (der Atomkompromiss ist ein Halbzeitpfeiff für die Branche) setzen sich durch.

Ob erfolgreich oder gescheitert, in beiden Fällen stellte sich oft im Nachhinein heraus, dass die Nebenfolgen der Forderungen nicht hinreichend durchdacht waren: wer „ohne Auto leben“ will (so eine Kampagne von Umweltorganisationen), der riskiert in der mobilen Gesellschaft berufliche wie private Nachteile, wer Tagebaue oder Atommeiler in strukturschwachen Regionen stilllegen will, muss Alternativen für Arbeit und Einkommen bieten können (die bisher auch von den Betreibern solcher Technologien massiv verhindert wurden). Die Mülltrennung mag manche der in den achtziger und neunziger Jahren heiß umstrittenen Müllverbrennungsanlagen verhindert (und so der Wirtschaft Anlass zu ihrer großzügigen finanziellen „Landschaftspflege“ geboten) haben, hinterließ aber bei denjenigen, denen die Hausarbeit obliegt – also im wesentlichen Frauen – Mehrbelastungen bei der Entsorgung. Die allgegenwärtigen Vorschläge und Kolumnen mit 1000 Tipps für den umweltfreundlichen Haushalt gaben und geben zwar jedem/r die Möglichkeit, etwas Gutes für sich und die

Umwelt zu tun, hinterlassen aber zwangsläufig ein Gefühl der Unzulänglichkeit, da nicht alles getan werden kann, was vorgeschlagen oder gar als dringend beschrieben wird: Öko-Frust statt Umweltlust ist die Folge.

Daher gilt: Nur wer nicht von einer Vielzahl der Möglichkeiten mehr oder weniger umweltfreundlichen Verhaltens überfordert wird, kann gezielt und genussvoll dort aktiv werden, wo es sich persönlich, gesellschaftlich und für die Umwelt lohnt. Entspannung und Muße statt Freizeitstress sind insofern Voraussetzung nicht nur für mehr Lebensqualität, sondern auch für nachhaltigen Konsum. (Spangenberg 2003; Lorek 2002).

Dennoch bleibt ein scheinbar unauflösbares Dilemma: Lebensqualität bedeutet in unserer westlichen Gesellschaft immer auch individuelle Freiheit und Gestaltungsmöglichkeit. (Roepke 1999): das eigene, möglichst freistehende Haus für die Familie, das eigene Zimmer mit allen notwendigen Informationstechnologien (Radio, Fernseher, PC) für jedes Familienmitglied und das eigene Auto für Vater, Mutter und jedes Kind ab 18 oder spätestens nach dem Abitur. Dass das Wachstum von Dingen mitunter mehr Last als Lust bringt, dass z.B. die Freiheit des Individualverkehrs auch den Stress und die Freiheitsbeschränkung durch Staus beinhaltet, hat die vorherrschenden Lebensstile bislang kaum beeinflussen können.

Nun kann eine Änderung der Lebensstile allenfalls begrenzt Gegenstand von Politik sein.

Lebensstile sind Manifestationen von Leitbildern unter den Beschränkungen der realen Ausstattung mit materiellen und im-

materiellen Gütern; sie stellen institutionelle Orientierungen dar, die nicht nur direkter Steuerung nicht zugänglich sind, sondern darüber hinaus der Politik Grenzen des Machbaren setzen (zu diesen Politik-Dilemma siehe Kap. 2). Solche Leitbilder und die ihnen folgenden Lebensstile und Konsummuster entstehen durch kulturelle Evolutionen, sie differenzieren und vereinheitlichen sich, stoßen an Schranken und entwickeln aus sich heraus neue Varianten. Dieser Prozess entzieht sich weitgehend der Einflussnahme durch die klassischen Instrumente politischer Steuerung. Man kann Verbrauchern mit einigem Aufwand die Getrennsammlung von Abfall nahe bringen, aber schon bei der Verkehrsmittelwahl endet die Wirksamkeit der reinen Überzeugungsarbeit. Andererseits sähen sich drastische Eingriffe in die Freiheit der Lebensgestaltung durch Ordnungsrecht, Planung oder finanzielle Belastungen zu Recht dem Vorwurf eines freiheitsbeschränkenden Dirigismus ausgesetzt.

Ein solcher ökologischer Dirigismus hat keine Chance auf Akzeptanz. Es kommt also darauf an, zwischen Laissez-faire und Dirigismus einen als gerecht und gerechtfertigt empfundenen und deshalb auch breit akzeptierten Zwischenweg zu finden, der sowohl den Umweltzielen als auch denen einer hohen Lebensqualität gerecht wird.

Das heißt jedoch nicht, dass die Konsummuster unverändert bleiben, denn in einem zukunftsfähigen Deutschland müssen Lebensqualität und Umweltverbrauch entkoppelt werden, muss also mehr Qualität mit weniger Quantität erreicht werden. Der Widerspruch von wachsender Konsumnachfrage einerseits und ihren die Le-

Lebensqualität beeinträchtigenden Umweltfolgen andererseits wird nicht ohne Präferenzänderungen aufhebbar sein (Lorek 2002). Neue Vor- und Leitbilder können dazu Hilfestellung bieten, und die Politik kann durch Anreize, Restriktionen und insbesondere durch Vorbildverhalten und Orientierungen („leadership“ als wesentliche Qualität erfolgreicher Politik) zu dieser Neuvermählung von Lebensqualität und Umweltschutz beitragen.

Die Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ (Enquete-Kommission 2002) macht deutlich: **Nachhaltig leben bedeutet nicht Verzicht, sondern ein gutes/maßvolles Leben. Das schließt insbesondere ein Handeln ein, das die Lebensqualität erhält, aber Verschwendung vermeidet.** Ein wichtiger Schritt dazu ist, vorhandene Ansätze nachhaltigen Konsums und ihre positiven Wirkungen auf die Lebensqualität bekannter zu machen und bestehende Wissensdefizite auf allen Seiten zu beseitigen **Das bedeutet, sowohl die Aspekte nachhaltigen Konsums aufzuzeigen, bei denen der Einzelne einen relevanten Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten kann, um so dem Gefühl der Überforderung und letztlich Ohnmacht vorzubeugen, aber auch die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass das Wünschbare langfristig auch das Machbare wird, so dass eine gemeinsame Perspektive sich als neues Leitbild etablieren kann.** Manches ist in dieser Beziehung schon geschehen, aber vieles bleibt noch zu tun.

So stellt die Festlegung in der Koalitionsvereinbarung, Flüge ins EU-Ausland nicht länger von der Mehrwertsteuer zu befreien, einen ökologisch äußerst sinnvollen Subven-

tionsabbau dar, der auch angesichts der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken im grenzüberschreitenden Bahnverkehr keine übermäßige Bequemlichkeitseinbuße darstellt (allerdings ist die Bahn gerade dabei, ihren großen Vorteil, auch für auf Flexibilität angewiesene Reisende günstige Verbindungen mit der Bahncard zu bieten, zugunsten eines den Fluggesellschaften abguckten Frühbuchersystems zu verspielen).

Ähnlich ist die Reduzierung der Eigenheimzulage im Haushalt 2003 ein wichtiger Schritt in Richtung ökologische Entlastung – was fehlt, ist die konsequente Umleitung der Förderung in die Altbausanierung, auch der zahlreichen in den nächsten Jahren frei werdenden und vererbten Eigenheime, die vor Nutzung durch neue Besitzer meist einer umfangreichen (vor allem energetischen) Sanierung bedürfen.

Gerade zu Beginn der neuen Legislaturperiode hat sich so gezeigt, dass in vielen Fällen der finanzielle Sparzwang auch zur Eindämmung ökologischer Verschwendung führen kann – ein Zusammenhang, der bisher nicht offensiv ausgeschöpft wurde und der Möglichkeiten bietet, Sparpotentiale zu erschließen, die für Umwelt und Lebensqualität nicht Rück- sondern Fortschritte bedeuten.

1. Leitbild Lebensqualität

Leitbilder sind Ausdruck gesellschaftlicher Wertvorstellungen und Wandlungsprozesse. Lebensqualität ist ein Meta-Leitbild; es bietet den Rahmen für immer neue Konkretisierungen dessen, was sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen unter einem guten Leben vorstellen. Wegen ihrer zentralen Funktion soll hier zunächst beschrieben werden, was Leitbilder im Allgemeinen ausmacht, bevor auf Lebensqualität und ihre Funktion als übergeordnetes Meta-Leitbild näher eingegangen wird.

Was sind Leitbilder?

Leitbilder sind ein Minderheitenphänomen. Sie fassen zum Zeitpunkt ihrer Entstehung die Wunschvorstellungen und Präferenzsysteme einer gesellschaftlichen Gruppe zusammen, die zu diesem Zeitpunkt (noch nicht, nicht mehr oder nie) eine gesellschaftlich dominante Position innehat.

Wird die mit ihm verbundene Gruppe hegemonial, so wandelt sich das Leitbild zur gesellschaftlichen Norm. Da prä-normativ, lassen sich Leitbilder von Normen auch dadurch abgrenzen, dass erstere noch Begründungsbedarf haben, d.h., dass sie durch sachliche und emotionale Argumente oder durch das Ausmalen attraktiver Bilder („Utopien“) überzeugen müssen – Normen sind als solche wirksam und nicht begründungsbedürftig (Spangenberg 2000).

Insofern stellen Leitbilder eine Herausforderung der Normen dar, sind Normen erstarrte Leitbilder. Dieser Prozess ist reversibel, so dass auch ehemalige Normen als Retraditionalisierungs-Leitbilder virulent sein können. **Jedenfalls ist eine Weiterentwicklung der Gesellschaft in welche Richtung auch immer ohne Leitbilder nicht denkbar.**

Folgt man der Definition der Leitbilder von Dierkes u.a. (Dierkes 1992, Marz, Dierkes 1992), so sind Leitbilder zu unterscheiden vom allgemeinen Werte- und Erwartungsrahmen einer Gesellschaft. Zwischen den Leitbildern und dem allgemeinen Werterahmen liegen Meta-Leitbilder wie Lebensqualität oder Zukunftsfähigkeit. Sie bieten einen Bezugsrahmen, der auf Basis weniger geteilter normativer Grundüberzeugungen unterschiedliche Leitbilder zusammenfasst. Diese unterscheiden sich einerseits bezüglich ihrer Gegenstandsbereiche (z.B. Gesundheit oder persönliche Sicherheit), andererseits durch die unterschiedlichen Konkretisierungen der gemeinsamen Grundorientierungen (z.B. kollektive oder individuelle Ausgestaltung von Gesundheits- und sozialen Sicherungsmechanismen). Solche Meta-Leitbilder können gesellschaftlich hegemonial sein, sind aber zu unkonkret, um als solche handlungsleitend zu wirken. Soweit es ihnen gelingt, die politische Tagesordnung zu besetzen haben sie durchaus Leitfunktion, die allerdings auf allgemeine Stellungnahmen beschränkt bleibt und sich nicht unmittelbar in

praktisches Handeln umsetzen kann. Lebensqualität ist insofern eher ein Meta-Leitbild, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdringt und in einer Vielzahl von Leitbildern seinen Ausdruck findet, als selbst Leitbildcharakter zu haben.

Meta-Leitbilder setzen jedoch als institutionelle Orientierungen der politischen Entscheidungsfreiheit einen Rahmen, den zu überschreiten Legitimations- und Akzeptanzverlust zur Folge haben kann (Institutionen hier verstanden als „Spielregeln der politischen Entscheidungsfindung“, nach March 1996). Daraus ergibt sich das Institutionen-Dilemma der Politik: Während Organisationen und institutionelle Mechanismen, die beiden anderen institutionellen Ebenen, Voraussetzungen erfolgreicher Politikumsetzung sind, die gezielt politisch beeinflusst werden können, ist dies bei den Orientierungen, die der Politik Grenzen setzen, nur sehr eingeschränkt der Fall. Institutionelle Orientierungen entwickeln sich durch soziale Evolutionsprozesse; diese können nicht gesteuert, wohl aber durch gesellschaftliche Diskurse beeinflusst werden, die ihrerseits zur Manifestierung neuer oder zur Modifikation bestehender Leitbilder führen oder zumindest dazu beitragen können. Werden diese Leitbilder handlungsmächtig, so entsteht die paradoxe Situation, dass der Lebensqualitäts-Diskurs mangels Konkretheit ohne *direkte* Erfolge bleibt, aber als Nebenfolge seine Intentionen umgesetzt werden.

Leitbildentwicklung bedeutet einen Differenzierungsprozess der institutionellen Orientierungen in Meta-Leitbildern in verschiedene, gruppenspezifische Leitbilder, die auf Kommunikationsstrukturen der betreffenden Gruppe bauen (Luhmann 1990), deren spezifischen Qualifikationen integrieren und aus

ihrer Perspektive identifikationswürdig und machbar sind.

Funktionen von Leitbildern

Probleme durch den aufgezwungenen Umgang mit Komplexität, die Zwangsmündigkeit, das „entscheiden Müssen“, der Verlust des „hinnehmen Könnens“ sind erhebliche dem Menschen der Informations- und Mediengesellschaft zugemutete Verunsicherungen. Das Sehnen nach dem „alles essen Können“, dem „nicht mobil sein Müssen“, dem „nicht verfügbar Sein“ steht im Konflikt zu anderen Wünschen wie „nichts verpassen/immer dabei sein“ und „mobil sein wollen“.

In solchen Situationen helfen Leitbilder, mit Komplexität umzugehen, da sie handlungsleitende Orientierung bieten, die auf Übereinkunft beruht und nicht notwendig auf voller Reflexion der Situation. Sie entheben den Menschen der Notwendigkeit, permanent aus der Analyse komplexer Situationen situative Orientierungen ableiten zu müssen (ein sehr belastender „Übersetzungsprozess“) und sind so ein wirksames Mittel zur Komplexitätsreduktion. Mit anderen Worten: **Leitbilder reduzieren komplexe Anforderungen auf als machbar wahrgenommene Ziele.** So überbrücken sie die Kluft zwischen gesellschaftlichen Notwendigkeiten, Orientierungen und Meta-Leitbildern einerseits und der notwendigen Orientierungshilfe, dem „Sortierschema“ für Alltagserfahrungen andererseits.

Diese Vereinfachung der Entscheidungsfindung ist jedoch nur möglich durch spezifische Abspaltungen, d.h. durch die Ausblendung von Teilen der komplexen Wirklichkeit. Sind davon jedoch Tatbestände und Bezüge betroffen, die für die zu entscheidenden

Sachverhalte wesentlich sind, so resultieren ein falscher Fokus und eine Kette von Entscheidungen, die wesentliche Weichen falsch stellen: Leitbilder können auch in die falsche Richtung leiten.

Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet der Bereich Mobilität und Verkehr. So werden in der Verkehrsstatistik alle Erhebungen von Wegezwecken anhand von Kategorien vorgenommen, die sich von der Erwerbsarbeit ableiten. Unbezahlte Versorgungsarbeit, die nach Stunden gemessen in Deutschland wie international weit mehr als Erwerbsarbeit geleistet wird, spielt keine Rolle (Spangenberg, Lorek 2002). Diese Abspaltung hat Folgen: Der Erwerbsarbeit steht dann die erwerbsfreie oder Freizeit gegenüber, und Versorgungsverkehr wird unter Freizeitmobilität verbucht. Da diese stark anwächst, wird die Diskussion um die „Diskrepanz von Umweltwissen und Umwelthandeln“ der Verkehrsteilnehmer/innen (nicht etwa der Anbieter von Verkehrsdienstleistungen) geführt, nicht aber um die Mobilitätszwänge, die sich aus den Notwendigkeiten von Versorgung und Pflege bei steigender beruflicher Belastung und ausufernder Flexibilisierung von Zeitstrukturen ergeben. Damit stehen nicht mehr Verkehrsplanung und Verkehrssystementwicklung als Handlungsbereich im Vordergrund, sondern das individualisierte Verhalten der Einzelnen, verbunden mit „Moralisierungs-Effekten“, die die Lebensqualität negativ beeinflussen. Betroffen sind insbesondere Frauen als Haupttätige der Versorgungsarbeit, die bei der bekannten Disposition zu überproportional hohem Verantwortungsbewusstsein bei unterproportionalen Einflussmöglichkeiten („ohnmächtige Über-Verantwortung“) zudem psychisch besonders belastet werden. Erst die

feministische Forschung hat diese Dekontextualisierung und ihre Folgen problematisiert und darauf hingewiesen, dass so Fragen nach ökologischen Handlungsoptionen als Werte- und Zielkonflikt, nach ökologischen Gelegenheitsstrukturen als Verteilungskonflikt und nach ökologischer Handlungsbereitschaft als politischem und soziokulturellem Kontrollkonflikt unzugänglich, die Probleme somit entpolitisiert und einer Lösung unzugänglich gemacht werden (Spitzner 2002). Erst die Rekontextualisierung, also die problemadäquate Adjustierung der Leitbilder, erlaubt es, die Problemanalyse angemessen anzulegen und zielführende Kriterien zu entwickeln, die zulassen, nicht-intendierte Folgen der Handelns zu erkennen und Entscheidungen auf deren Vermeidung auszurichten.

Generell führen Leitbilder, die Menschen außerhalb sozialer Kontexte wahrnehmen, sie frei von Bindung wännen – das prominenteste Beispiel ist der homo oeconomicus der Wirtschaftswissenschaften – zu individualitäts-basierten Handlungskonzepten, die der Lebenswirklichkeit der Menschen und besonders der Frauen nicht gerecht werden. Im Falle der Wirtschaftswissenschaften ist die Notwendigkeit der Einbeziehung sozialer Interaktionen in die Interpretation menschlichen Verhaltens inzwischen ein prominentes Thema, dem die Nobelpreise der letzten beiden Jahre galten – bei Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik ist diese notwendige Aktualisierung von Menschen- und Leitbildern aber noch lange nicht angekommen.

Weitere Beispiele und eine psychologische Ausdeutung finden sich bei D. Dörner, der die Entscheidungen auf Basis einer verkürzten Realitätswahrnehmung als „Logik des Misslingens“ charakterisiert.

Leitbilder der Zukunftsfähigkeit und ihre Bedeutung

Die Konvergenz der Fluchtpunkte verschiedener Leitbilder von Lebensqualität und Umweltschutz zu einem gemeinsamen neuen gesellschaftlichen Erwartungsrahmen ist der eigentliche Kern des Diskurses über Konsum und Umwelt. Diese Entwicklung ist zwar beeinflussbar, nicht aber steuerbar: Leitbilder ökologisch wie sozial verträglichen Konsums können situations- und gruppenspezifisch gefördert oder gesucht werden; sie können nicht produziert werden, wohl aber können bestehende, zum Teil nicht bewusste Leitbilder formuliert und damit aktiviert werden. Dies ist eine Chance für eine vorausschauende Politik, die einen „utopischen Gehalt“ mit konkreter, wenngleich nicht notwendig unmittelbarer Machbarkeit verbindet, mit anderen Worten: die sich nicht ausschließlich auf das gegenwärtig Durchsetzbare beschränkt, sondern auch die Erweiterung zukünftiger Handlungsspielräume mit zum Ziel hat.

Dabei gibt nicht ein einheitliches Umweltsleitbild, vielmehr erstreckt sich das Spektrum ökologischer Leitbilder zwischen einem vor- und einem postmodernen Pol. In vormodernen Traditionen verwurzelte Umweltsleitbilder sind zumindest teilweise als Reaktion auf die Unsicherheit entstanden, die die Freisetzung aus traditionellen Strukturen mit sich bringt. Dies erklärt zumindest teilweise die in diesen Fällen stattfindende ideologische Überhöhung und Aufladung des Vergangenen und die Mobilisierung idealisierter Bilder einer vorgeblich heilen Welt der Vormoderne als Reaktion auf die im Prozess der Modernisierung entstandenen Verunsicherungen. Das Lob der Regionalisierung der Wirtschaft, die Idylle von Sub-

sistenzwirtschaft und alternativem handwerklichen Kleinbetrieb, die Sehnsucht nach der „Natürlichkeit“ aller Konsumgüter oder der Traum vom gemeinsamen Leben in „sekundären Großfamilien“ und Lebensgemeinschaften belegen, dass es dabei weniger um konkrete Retraditionalisierungen (Giddens 1996) als vielmehr um die legitimatorische Kraft vormoderner Lebens- und Arbeitsformen, Ethiken und Wertvorstellungen geht.

Auf der anderen Seite des Spektrums stehen moderne und postmoderne Leitbilder, letztere oft verbunden mit den neoliberalen Leitbildern von Entstaatlichung, Deregulierung und Privatisierung. Beispiele solcher Leitbilder sind Gesundheit in individueller Verantwortung, insbesondere gesunde Ernährung und private Risikovorsorge, Mobilität durch Verkehrsmittelmix statt Autofixierung, Öko-Effizienz und dematerialisierte Lebensstile, Zeitautonomie und selbstbestimmte Eigenzeiten einschließlich des Ruhestands auf Basis einer durch ethische Fonds gesicherten Privatrente. Vertreter dieser Denkrichtung argumentieren, dass die Ausschöpfung der vorhandenen Innovationspotentiale im Bereich Ressourcenproduktivität es ermöglichen würde, auch mittelfristig die weltweit notwendigen Konsumzuwächse mit Umweltentlastungen zu verbinden (Weizsäcker 1989; Schmidt-Bleek 1994). In der nicht neoliberal geprägten Variante beinhaltet das soziale Sicherung und ökologische Beschränkung zu vereinbaren (Spangenberg 1995), in der neoliberalen die Überzeugung, über die Einführung von Marktmechanismen und die Nutzung ihrer Effizienz zu ökologischen Entlastungen zu kommen. Auch wirtschaftlich kann demnach die Verringerung des Umweltverbrauchs erfolgversprechend sein. So ergab eine neuere Studie des industrie-

nahen Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung RWI (Hillebrand, Lölle 2000), dass Öko-Strategien wie der Verzicht auf umweltbelastende Konsumgüter oder die gemeinschaftliche Nutzung von Gebrauchsgütern bis 2020 jeweils das BIP um ca. 10 Milliarden Euro steigern und rund 130.000 neue Arbeitsplätze schaffen können, bei einem Anstieg der Konsumnachfrage um 4 bzw. 15 Prozent.

Auffällig ist, dass sich die eher traditionellen Leitbilder weit überwiegend auf alternative/traditionale Lebensstile beziehen, während die (post-)modernen Vorstellungen weniger durch Lebensstile, als durch spezifische Konsummuster geprägt werden.

Der Begriff Lebensqualität ist von seiner Grundkonstruktion mit den Vorstellungen eines nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens durchaus kompatibel. Schon die Definition von Nachhaltigkeit beschreibt diese als eine Entwicklung, die die Lebensqualität in dieser Generation erhält und zukünftigen Generationen die Möglichkeit bietet, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten. **Lebensqualität umfasst dabei sowohl das Materielle als auch das Immaterielle und betont das „Besser“ gegenüber dem „Mehr“** (Noll 2000). Sie ist zu unterscheiden von den in der öffentlichen Debatte dominierenden Konzepten von Wohlstand und Lebensstandard, die die qualitativen Aspekte nicht miteinbeziehen:

Wohlstand ist im wesentlichen ein statischer, mit Besitz assoziierter Begriff. Er bezeichnet laut Duden seit dem 16. Jahrhundert „gute Vermögensverhältnisse“, also einen Bestand an Kapital, von dem es sich gut leben lässt. Neuere Varianten wie Güter-

und Zeitwohlstand (Scherhorn 1997a) zielen in dieselbe Richtung: wichtig ist nicht nur eine ausreichende Menge, sondern vor allem ein weitgehendes Verfügungsrecht des/der Wohlhabenden. Der in den „Wohlfahrts-surveys“ erfasste Bestand an Haushaltsgeräten ist deshalb ein typischer Wohlstandsindikator (Böhnke 1999), ihre Entsorgung produziert Wohlstandsmüll.

Lebensstandard ist dagegen ein eher dynamischer und damit modernerer Begriff, der stärker auf Einkommen (aus Erwerbsarbeit, Vermögen, Renten, etc.) denn auf Besitz, also mehr auf Flüsse denn auf Bestände zielt. Nach Meyers Lexikon bezeichnet er „die dem Einkommen (der Kaufkraft) und den Bedürfnissen des Einzelnen oder eines Volkes entsprechende Art der Befriedigung der Lebensbedürfnisse.“ Der erste Teil dieser Definition ist als monetär gemessenes Durchschnittseinkommen (BIP/Kopf) leicht zu quantifizieren, ggf. im internationalen Vergleich nach Kaufkraft adjustiert. Mittels des Einkommens werden Dienstleistungen sowie Güter erworben, die ihrerseits wiederum Dienstleistungen produzieren. Das zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse verfügbare Einkommen erfasst also den durch Markt-Transaktionen generierten Teil des Lebensstandards. Da es leicht zu erfassen ist, wird es in der Wirtschaftswissenschaft meist als Maß des Lebensstandards gewählt.

Anders dagegen die Sozialwissenschaften, hier gilt: „Der Lebensstandard einer Person ist nicht nur abhängig von individuellen Ressourcen, sondern auch vom Haushaltskontext und von sozialen Netzwerken“ (Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel 1999), also von Erwerbs- wie von Nichterwerbsarbeit (Spangenberg 2002b). Konsequenterweise wird der *Einkommensarmut* eine *Versorgungsar-*

mut gegenübergestellt, die sich in Ausmaß und Betroffenengruppe von der ersteren deutlich abhebt. So stehen (in West-/Ostdeutschland) einem „angemessenen Lebensstandard“ für 85 Prozent/78 Prozent der Bevölkerung ausschließliche Einkommensarmut (5 Prozent/9 Prozent) bzw. ausschließliche Versorgungsarmut (6 Prozent/6 Prozent) sowie doppelte Armut (4 Prozent/6 Prozent) gegenüber. Die gesamte von Armut betroffene Gruppe ist also mit 15 Prozent/21 Prozent deutlich größer als die rein einkommensbezogene Sichtweise mit 9 Prozent/15 Prozent vermuten lässt.

Auf diese zweite, von der Kaufkraftmessung nicht erfasste Komponente des Lebensstandards weist in der obigen lexikalischen Definition der Teil: „die [...] den Bedürfnissen [...] entsprechende [...] Befriedigung der Lebensbedürfnisse“. Es handelt sich also um den Zugang zu oder Konsum von Dienstleistungen, die nicht über den Markt erworben, sondern selbst erbracht (z.B. do it yourself, Eigenarbeit), verschenkt (z.B. Erziehung, Pflege, Ehrenämter) oder auf nicht-monetärer Basis getauscht wurden (z.B. Nachbarschaftshilfe) (zu ihrer Messung vgl. OECD 2002). Ihre Relevanz zeigt sich u.a. darin, dass Versorgungsarmut die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und damit die Lebensqualität stärker beeinträchtigt als Einkommensarmut (Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel 1999).

Lebensqualität ist nach Meyers Lexikon „ein komplexer Begriff, für den es noch keine allgemein anerkannte Definition gibt“. Noll (Noll 2000) nennt eine Reihe von gängigen Definitionen, so „eine moderne Wohlfahrtspolitik“, „a general feeling of happiness“ (Milbrath 1989) oder konkreter „neben der materiellen Versorgung der Bevöl-

kerung mit Gütern und Dienstleistungen ebenfalls mehr Gleichheit und Gerechtigkeit, Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf, eine gerechte Einkommensverteilung, die Humanisierung der Arbeitswelt u.a.m.“.

Steigerung der Lebensqualität beinhaltet demnach insbesondere die Sicherung der materiellen Existenzgrundlage einschließlich der sozialen Absicherung in Krisensituationen, Arbeit und Humanisierung der Arbeitswelt, Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität, Entgiftung der Umwelt und der Nahrungsmittel, Garantie individueller Freiheitsrechte, Schaffung gleicher Bildungs- und Aufstiegschancen und Abbau sonstiger Ungleichheiten, bessere Versorgung mit öffentlichen Gütern einschließlich Partizipation, Demokratie und Recht, sowie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung. Lebensqualität ist damit ein subjektiver, qualitativer und normativer Begriff, dessen Komponenten keine gemeinsame Maßeinheit aufweisen. Die Bewertung von Entwicklungen als positiv oder negativ kann daher nur normativ als Ergebnis einer Multi-kriterienanalyse erfolgen (vgl. van der Sluijs 2002).

Das breite Spektrum von Kriterien unterstreicht noch einmal den Charakter von Lebensqualität als ein Meta-Leitbild, das einen gemeinsamen Bezugsrahmen für unterschiedliche Themen und Kriterien bietet. Im Folgenden wird nur der Ausschnitt dieses Spektrums näher betrachtet, der sich auf Fragen des Konsums bezieht; auch die Rolle von Arbeit und Einkommen wird nicht umfassend, sondern in Bezug auf den damit verbundenen oder ermöglichten Konsum behandelt.

2. Die Rolle von Arbeit, Einkommen und Konsum

Der qualitative Charakter macht Lebensqualität zu einer subjektiv empfundenen und daher von Mensch zu Mensch unterschiedlich definierten Größe. Deshalb kann sie auch nicht durch externe, z.B. politische Einflüsse gezielt gesteuert werden, wohl aber können Hemmnisse für eine bessere Lebensqualität beseitigt und so die Voraussetzungen für ihre individuelle Verwirklichung verbessert werden.

Dabei ist der Zusammenhang von Konsum und Lebensqualität alles andere als eindeutig: Konsum kann Bedürfnisse befriedigen und Zufriedenheit erzeugen, er kann aber auch auf Statusgüter zielen, die zwar Ansehen bringen, aber – da im Wandel begriffen – einen ständigen Erneuerungszwang und damit Leistungsdruck erzeugen (Roepke 1999). Er kann Kompensation für eine belastende berufliche Situation sein oder gar zur Sucht werden (Scherhorn 1997b; 1991). Maximaler Konsum heißt keineswegs notwendig maximale Lebensqualität, aber auch nicht umgekehrt: Eine einfache Beziehung ist zwischen diesen beiden Größen nicht herstellbar, wohl aber können ihre Zusammenhänge aufgezeigt werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität ist sicher die ausreichende Versorgung mit angemessenen Gütern und Dienstleistungen. Dabei ist „angemessen“ ein für die jeweilige Gesellschaftsgruppe spezifisches Maß, das sich mit der Zeit verändert und auch Moden unterworfen ist.

„Ausreichend“ ist eine subjektive Bewertung; sie ist sicherlich dann nicht erfüllt, wenn Menschen unterhalb der Armutsschwelle leben müssen. Voraussetzung dieser Versorgung ist der Erwerb durch Schenkung und Tausch (informell, d.h. in der Familie, in Nachbarschaftshilfe etc.) oder durch Kauf, d.h. durch Bezahlung mit Geld. Geld selbst ist kein Konsumgegenstand (obwohl es zu Ansehen und Reputation beitragen kann und insoweit auch zur Lebensqualität), sondern als universelles Wertaufbewahrungs- und Tauschmittel ein Mittel zum Zweck, zum Erwerb von Konsumobjekten. Die Menge des Konsums ist von den vorhandenen sozialen Netzen und vom verfügbaren Geld abhängig, seine für Lebensqualität wie für Umweltbelastung relevante Qualität überwiegend von den Präferenzen der Konsumenten/innen.

Konsumiert werden also Güter und Dienstleistungen, die entweder von Dritten als Tausch oder Schenkung unbezahlt erbracht oder die gekauft werden; oft kann die eine durch die andere Form ersetzt werden (Spangenberg 2002b). Beispiele sind die kostenlose Pflege von Anverwandten und professionelle Pflegedienste oder öffentliche Pflegeeinrichtungen, Nachbarschaftshilfe bei der Renovierung und die Beschäftigung eines Handwerkers, Kochen und Restaurantbesuch.

Ähnlich wie Geld ist Arbeit in vielfältiger Weise mit Lebensqualität verknüpft: sei es

durch die Freude an einer als sinnvoll empfundenen Tätigkeit (im Gegensatz zur herrschenden ökonomischen Auffassung produziert Arbeit Lust genauso wie Frust), sei es durch Ansehen, soziale Kontakte, Zusammenhalt und Kommunikation am Arbeitsplatz, sei es durch die als Entlohnung erhaltenen Konsummöglichkeiten. Diese Arbeitswelt, ein zentraler Bezugspunkt für die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen, wandelt sich: Zeitweilige Arbeitslosigkeit, gering bezahlte und/oder befristete Beschäftigungsverhältnisse, Sozial-, Erziehungs- und Fortbildungszeiten sowie zunehmende Versorgungsarbeiten Erwerbstätiger (Singles) und zunehmende Erwerbstätigkeiten der traditionell die Versorgungsarbeit leistenden Frauen etablieren Mischformen von Arbeit, die die Erwerbsarbeit in neigungs-, situations- und lebensphasenspezifischer Weise ergänzen (Hildebrandt 2002). So entsteht ein Wohlfahrtspluralismus in Erstellung und Konsum von Dienstleistungen, in dem individuelles Wohlergehen wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens nicht nur von der Erwerbsarbeit des formellen Sektors, sondern auch von den Nichterwerbsarbeiten des informellen Sektors abhängen; beide sind konstitutive Bestandteile von Lebensqualität. Sowohl die Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich öffentlicher Güter) als auch die Möglichkeit der Auswahl zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen trägt zur Steigerung der Lebensqualität bei. Verschiedene Zeitmuster, Arbeitsbelastungen, Kommunikationsformen und soziale Kontakte, Formen der Identitätsstiftung und Reputation sowie der Erwerb von Einkommensäquivalenten können so gewählt werden, dass sie die Lebensqualität steigern.

Wohlfahrtsproduktion als ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität kann mithin in vier Segmenten erfolgen (nach Dahm 2002), durch:

1. staatliche (behördliche) und staatlich gesteuerte Produktion,
2. unternehmerische und marktvermittelte Produktion,
3. in den privaten Haushalten besorgte Eigenproduktion von Gütern und Diensten,
4. assoziative, d.h. in Nachbarschaften, Selbsthilfegruppen und Vereinen gemeinsam veranstaltete Produktion.

Obwohl bezahlte (1. und 2.) wie unbezahlte Formen der Dienstleistungserbringung (3. und 4.) häufig ähnlichen Nutzen produzieren, werden bisher statistisch nur diejenigen Leistungen erfasst, die über den Markt gegen Geld abgewickelt werden. Für den Zusammenhang „Lebensqualität und Konsum“ ist das in doppelter Hinsicht bedauerlich: Einerseits werden die nicht-kommerziellen Dienstleistungen trotz ihrer häufig geringeren Effizienz oft gerade wegen ihrer subjektiven, menschlichen Qualitäten bevorzugt, die ein wichtiges Element von Lebensqualität ausmachen. Andererseits liegt der Umfang der unbezahlten Arbeitsstunden in Haushalt, Familie und Gesellschaft in Deutschland beim 1,6fachen der bezahlten Arbeit – also auch quantitativ in einer Größenordnung, die positiv für die Lebensqualität und negativ für die Inanspruchnahme der Umwelt von erheblicher Relevanz ist (Spangenberg 2002b; Vanek 2002). Leider liegen bisher kaum Analysen zur Umweltrelevanz des Konsums aus nicht bezahlten Dienstleistungen vor. Mangels fundierter Untersuchungen zur deutschen Situation müssen sich die

folgenden Ausführungen deshalb auf quantitative Aspekte und den über den Markt abgewickelten Konsum beschränken. Für England weist jedoch Vanek darauf hin, dass nach seiner Berechnungsmethode der personenbezogene Energieverbrauch doppelt so hoch sei wie der produktbezogene; zudem dominiere in diesem Bereich der Energieverbrauch für Nichterwerbstätigkeit den für Erwerbsarbeit im Verhältnis 2:1.

Die durch das Streben nach mehr Lebensqualität motivierte Nachfrage ist einer der Motoren für wirtschaftliche Entwicklung und Innovation. Insofern ist zu erwarten, dass diejenigen Branchen, die spürbare Beiträge zur Lebensqualität leisten, auch zukünftig auf der Gewinnerseite des Strukturwandels stehen werden. Ein Sondierungsprojekt des Forschungsministeriums hat die zukunftssträchtigen und aussichtsreichen privaten und öffentlichen Wirtschaftszweige identifiziert, die in Zukunft entscheidende Beiträge zur Lebensqualität liefern werden (Barthel et al. 2002). Dabei handelt es sich um:

- **Gesundheit und Soziales,**
- **umweltverträgliche und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen,**
- **Bildung und Wissen,**
- **Kommunikation,**
- **Freizeit, Sport und Kultur.**

Diese Branchen gehörten bereits in den letzten Jahren zu den wichtigsten Trägern des Strukturwandels und die Entwicklung der soziodemographischen Rahmenbedingungen bietet gute Chancen dafür, dass dieser Wachstumstrend auch in Zukunft anhalten wird. Barthel et al. charakterisieren die genannten Branchen mit der Integrationsfor-

mel „Innovationen für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit“, da sie darauf zielen, vorhandene gesellschaftliche, ökonomische, ökologische, gesundheitsbezogene oder soziale Probleme zu lösen und damit die Lebensqualität der Menschen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitszielen zu sichern und zu verbessern.

Als entscheidend wird dabei angesehen, dass sich diese Dienstleistungen an den privaten Kunden und den einzelnen Haushalt wenden. So helfen sie durch zielgruppenspezifische Angebote dem Einzelnen bei der individuellen Lebensführung, z. B. bei der Entlastung des privaten Zeitbudgets durch Übernahme von beruflichen oder gesellschaftlichen Aufgaben, oder durch die Qualifizierung für Eigenarbeiten. Auf diese Weise können kommerzielle Dienstleistungen auch die Wohlfahrtsbeiträge aus Nichterwerbstätigkeit steigern helfen. Zudem können durch eine Auslagerung bestimmter bisher häuslich organisierter Versorgungstätigkeiten in den kommerziellen Dienstleistungsbereichen Größeneffekte geschaffen und genutzt werden, die ein einzelner Kunde nicht erwirken kann (Barthel et al. 2002).

3. Konsum und Umwelt – gar nicht so widersprüchlich

Nahezu alles, was Menschen in ihrem Alltagsablauf an Gütern oder Dienstleistungen kaufen, hat Auswirkungen auf die Umwelt. Diese Auswirkungen beginnen bei der Herstellung von Produkten (z.B. Abraumanfall und Schwermetallbelastung beim Abbau von Metallen), sie entstehen während des Gebrauchs (z.B. Energieverbrauch für elektrische Geräte) und wirken mitunter noch lange Zeit nachdem ein Produkt seinen Nutzen verloren hat (FCKW aus ausgedienten Kühlschränken ist vielleicht das bekannteste Beispiel).

Doch nicht alle Konsumbereiche, und erst recht nicht alle Faktoren, die zu einer guten Lebensqualität beitragen, sind für den Schutz einer gesunden Umwelt von gleichem Belang. Deshalb ist es von vorrangiger Bedeutung, die Felder zu identifizieren, in denen der Konsum der Haushalte wesentliche Umweltwirkungen hat, nach Alternativen zu suchen, die nicht zu Lasten der Lebensqualität gehen, und dann Strategien und Maßnahmenkataloge auszuarbeiten, die eine solche ökologische Modernisierung des privaten Konsums vorantreiben.

Zur Lebensqualität gehört der Genuss am Konsum immaterieller wie materieller Güter und Dienstleistungen, und unbeschwerter Genuss ist nur möglich, wenn entweder klar ist, dass dieser Konsum und seine Folgen nicht gegen Wertemuster der Gesellschaft

verstoßen, oder wenn dem/der Betreffenden diese Werte weitgehend gleichgültig sind. Solches a-soziales Verhalten kommt zwar vor (und entspricht auch dem Leitbild der Wirtschaftswissenschaften vom vollständig auf Nutzenmaximierung ausgerichteten Individuum, dem *homo oeconomicus*, als Grundlage allen Wirtschaftens), bleibt aber bisher begrenzt. Deshalb ist es den meisten Konsumenten/innen lieber, wenn sie wissen, dass ein Produkt „korrekt“ ist, d.h., nicht sozialen und ökologischen Normen und Leitbildern widerspricht. Prominente Beispiele für Produkte, die keine oder nur eine höchst umstrittene soziale bzw. ökologische Akzeptanz haben, sind Teppiche aus Kinderarbeit oder genetisch manipulierte Nahrungsmittel.

Empirisch wird zwar das Umweltverhalten im wesentlichen durch verfügbares Einkommen und Lebensstil bzw. dem Lebensstil inhärente Präferenzen bestimmt, die nicht ökologisch determiniert sind. Umweltaspekte spielen jedoch insofern eine Rolle, als sie zwar in der Regel nicht handlungsleitend sind, aber als nichtintendierte „Nebenfolge“ des von nur indirekt umweltbezogenen Kriterien gesteuerten Konsumentenverhaltens immer wieder auftreten. (Beck 1996). So können unterschiedliche Mittel zur Befriedigung derselben Bedürfnisse unterschiedliche und zum Teil entgegengesetzte Auswirkungen auf Lebensqualität und Umwelt-

verbrauch haben (Max-Neef 1991). Entscheidend für die Auswahl ist dabei ein bestimmter Lebensstil, der wiederum mit umweltrelevanten Kriterien verknüpft sein kann. Effizienz, Wahlfreiheit, Gesundheit, soziale Beziehungen sind solche ökologie-relevante Kategorien, die z.B. Haushaltskonsum und Energieverbrauch prägen (Bruenhaar, Midden 1996) und die aus Lebensstilen heraus konstituiert werden. **Eine umweltgerechte oder – breiter – nachhaltige Ausrichtung des Konsums kann so Lebensqualität fördern, aber falsch gemacht kann sie auch eine Belastung der Verbraucher/innen darstellen**, weitgehend unabhängig von der investierten Arbeit und dem ausgegebenen Geld.

Einer von solchen Kriterien geleiteten Kaufentscheidung steht jedoch eine Reihe von **Hindernissen** entgegen. Solche Produkte oder Dienstleistungen sind häufig

- **zu teuer:** Konsumartikel, die – wie Fair Trade- oder Öko-Produkte – ein ethisches „Extra“ aufweisen, sind häufig um so viel teurer, dass Verbraucher/innen sie sich nicht leisten können oder wollen;
- **zu anstrengend:** die Hinweise auf umweltbewussten oder sozial verantwortlichen Konsum sind Legion. Da eine klare Prioritätensetzung fehlt, liegt die Abwägung bei den Konsumenten/innen, die damit nicht nur belastet, sondern auch überfordert sind;
- **zu selten:** soll eine Präferenz für eine bestimmte Produktkategorie entwickelt werden, so muss das entsprechende Angebot nicht nur erschwinglich, sondern auch verfügbar sein. Bisher führen derartige Produkte in Einkaufszentren und Kaufhäusern jedoch eher ein Schattendasein;
- **zu ungewohnt:** Konsumgewohnheiten wandeln sich nicht ohne materielle oder ideelle Anreize. Insbesondere letztere verlangen Klarheit, Erkennbarkeit und Sichtbarkeit der Besonderheiten des Konsumstils, auch und gerade für Dritte, auf deren Anerkennung es ankommt;
- **zu unsichtbar:** Die Vorteilhaftigkeit umweltentlastender Produkte ist insbesondere dann nicht unmittelbar erkennbar, wenn die Umweltentlastung die Vorketten der Produktion betrifft, also im eigentlichen Gut nicht aufscheint. Diese Unsichtbarkeit verhindert den sozialen Mehrwert, der aus der Anerkennung einer Leistung entsteht;
- **zu unsicher:** Viele der genannten Hemmnisse liegen im Mangel einer eindeutigen Kennzeichnung, die auf einer fachlich zweifelsfreien Basis überlegene Produkte identifiziert und so auch Konsumenten, Produzenten und Politik die Prioritätensetzung erleichtert (Lorek, Spangenberg 2001c).

Viele, der in der Literatur vorliegenden, Informationen über Haushalte und Umweltschutz betreffen eine breite Palette an Produkten, aber die meisten sind auf das einzelne Produkt bezogene, umweltorientierte Einkaufs- und Verhaltenshinweise. Diese werden von den Verbraucherorganisationen veröffentlicht, sind in einschlägigen Verbrauchermagazinen wie *Stiftung Warentest* und *Öko-Test* nachzulesen oder an Produktkennzeichen wie dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ oder dem neuen „Bio-Siegel“ erkennbar. Die Zusammenfassung der Produkte zu Gruppen folgt da, wo sie stattfindet, keinem einheitlichen Schema, zeigt aber gewisse Ähnlichkeiten. Unter verschiedenen Aspekten der Konsumentenberatung offen-

bar wichtige Bedarfsfelder sind die Bereiche Bauen und Wohnen, Ernährung, Freizeit, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Klei-

dung und Hygiene (Lorek et al. 1999) Sie tragen in sehr unterschiedlichem Maße zum Umweltverbrauch bei.

Energie- und Materialverbrauch der Bedarfsfelder

| Bedarfsfelder | Energieverbrauch | Materialverbrauch | Lebensqualitätsrelevanz |
|----------------------|-------------------------|--------------------------|--------------------------------|
| Bauen und Wohnen | 43,8 Prozent | 29 Prozent | hoch |
| Ernährung | 13,6 Prozent | 19 Prozent | hoch |
| Freizeit | ca. 4,5 Prozent | 5 Prozent | sehr hoch |
| Kleidung | 3,8 Prozent | 3 Prozent | sehr hoch |
| Hygiene, Kosmetik | 2,7 Prozent | ca. 1,5 Prozent | hoch |
| Mobilität | 24,2 Prozent | 11 Prozent | pro und contra, hohe Relevanz |
| Gesundheit | 2,3 Prozent | 8 Prozent | sehr hoch |
| Bildung | ca. 1 Prozent | 5 Prozent | hoch |
| Gesamt | ca. 96 Prozent | ca. 81,5 Prozent | |

Quelle: Lorek et al. 1999

Die Übersicht über den Energie- und Materialverbrauch nach Bedarfsfeldern zeigt, dass wichtige Bereiche, die in Zukunft die Lebensqualität bestimmen werden, unter dem Aspekt der Umweltrelevanz nicht von herausgehobener Bedeutung sind. So bleiben die Bereiche Bildung und Freizeit deutlich unter der Signifikanzgrenze, wenn man den Freizeitverkehr nicht unter Freizeit, sondern unter der Kategorie Mobilität erfasst. Güterverkehr und berufsbezogener Personenverkehr sind zwar ökologisch äußerst relevant (Jänicke, Volkery 2001), ihr Ressourcenverbrauch liegt jedoch in doppelter Hinsicht nicht in den Händen der Haushalte, sondern weit überwiegend in denen der Wirtschaft und des Handels: Diese bestimmen nicht nur die Öko-Effizienz der eingesetzten Produktions- und Transportmittel, sondern dominieren auch die Entscheidungen über das Aufkommen an Fracht-, Werks-, Dienst- und

überwiegend auch an Berufsverkehr (Lorek, Spangenberg 2001a).

Bei dem Bereich Gesundheit (zentral: das öffentliche Gesundheitswesen) handelt es sich zwar um das vielleicht wichtigste Kriterium von Lebensqualität, aber seine Umweltrelevanz ist begrenzt und die Wirkungen von Konsumenten/innen kaum zu beeinflussen.

Von herausragender Bedeutung für den Umweltverbrauch und von den Haushalten beeinflussbar sind die Bereiche Bauen und Wohnen, Ernährung und Mobilität (Lorek et al. 1999; Vanek 2002). Letztere stellt ein Sonderproblem dar, da sowohl die mit ihr verbundenen sozialen wie ökologischen und gesundheitlichen Belastungen die Lebensqualität stark beeinträchtigen, gleichzeitig aber Mobilität als wesentlicher Bestandteil von Lebensqualität wahrgenommen

wird. Die Gemengelage der Akteure ist höchst komplex und bedarf einer gesonderten Betrachtung (aktuelle Beispiele finden sich bei Jänicke, Volkery 2002 und in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Bundeskanzleramt 2002). Die Frage einer angemessenen Mobilität ist jedoch so komplex und betrifft so viele Akteure und Handlungsebenen, dass sie hier nicht weiter vertieft werden kann, sondern gesondert abgehandelt werden muss. Die folgenden Überlegungen beschränken sich deshalb auf Bauen und Wohnen einerseits und Ernährung andererseits.

Bauen und Wohnen

Das Bedarfsfeld Bauen und Wohnen trägt nach volkswirtschaftlicher Betrachtung mit 32 Prozent zum Gesamtenergieverbrauch bei. Betrachtet man den Energieverbrauch in den Haushalten, hält das Heizen einen Anteil von 54 Prozent und liegt damit deutlich über dem des PKW-Verkehr mit 31 Prozent.

Die Reduktion des Energieverbrauchs im Bereich Heizen stellt damit aus volkswirtschaftlicher wie aus hauswirtschaftlicher Sicht einen ganz wesentlichen Beitrag zur Ressourcenschonung dar.

Eine warme Wohnung gehört in unseren Breiten sicher zu den entscheidenden, die Lebensqualität beeinflussenden Faktoren. Allerdings ist sie uns inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Das war zu Zeiten der Kohleöfen noch anders. Die Umstellung von Kohleöfen auf moderne Heizsysteme hat zweifelsfrei sowohl die individuelle Bequemlichkeit erhöht, als auch die Umwelt entlastet. Dennoch gibt es in diesem Bereich weitere Möglichkeiten, entscheidende Beiträge zum Schutz der Umwelt zu leis-

ten und den persönlichen Komfort beizubehalten oder gar zu steigern. **Eine effiziente Beheizung und Dämmung sind wesentliche Bausteine einer effektiven Klimapolitik.**

Die Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung hat berechnet, dass durch konsequenten Einsatz bau- und haustechnischer Energiesparmaßnahmen bei der Renovierung eines durchschnittlichen Einfamilienhauses der Energieverbrauch um 90 Prozent reduziert werden könnte (GRE 1997). Das entspricht einer Minderung des CO₂-Ausstoßes um 10.000 kg/a. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie die CO₂-Emissionen eines DieselpKW mit einem Verbrauch von 6 Litern/100 km und einer Fahrleistung von 25.000 km im Jahr.

Mit dem Bedarfsfeld Bauen und Wohnen ist auch die weitaus größte Materialentnahme aus der Umwelt verbunden; sie beträgt 29 Prozent der Gesamtstoffströme. **Der durch einen Bundesbürger bedingte Materialverbrauch resultiert also zu mehr als einem Viertel aus seiner Art des Wohnens.** Diese Berechnung erfasst alle Baurohstoffe und Ressourcen, die eingesetzt werden müssen, um das Haus oder die Wohnung zu bauen und instand zu halten, einschließlich der Heizbrennstoffe, ebenso wie die Materialaufwendungen, die am Ende des Lebenszyklus entstehen, um das Gebäude rückzubauen.

Der private Wohnungsbau trägt schließlich in erheblichem Maße zur Neuversiegelung von Flächen bei. Zwischen 1960 und 1993 hat sich die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in Westdeutschland von 23 auf vierzig Quadratmeter fast verdoppelt. Das hat zwar gute Gründe, aber es gibt Grenzen,

die nicht ohne Schäden überschritten werden können. Solange der Traum nach Unabhängigkeit sich in dieser Form manifestiert, wird weiterhin ein hoher Druck vom privaten Konsum auf die Umwelt ausgehen (vgl. Blöcker, Steinert 2002).

Ernährung

Die Ernährungskette trägt mit jeweils rund 20 Prozent zum Energieverbrauch, Materialverbrauch und zu den Klimabelastungen in Deutschland bei; Vanek nennt für England vergleichbare Zahlen (Lorek et al. 1999; Vanek 2002). Die Landwirtschaft belegt 56 Prozent der Fläche in Deutschland. Ihr Anteil an der Gewässerbelastung beträgt 38 Prozent der gesamten Stickstoffeinleitung und etwa 40 Prozent des Eintrags an Phosphor.

Besonders bedenklich im Bedarfsfeld Ernährung ist nach einer grundlegenden Untersuchung im Rahmen des Studienprogramms Landwirtschaft der Enquete Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ (Deutscher Bundestag 1994) der Ausstoß von klimarelevanten Gasen, gemessen als CO₂-Äquivalente. Danach verursacht die Ernährung der 80 Mio. Bundesbürger Klimabelastungen in Höhe von mindestens 260 Mio. t CO₂-Äquivalent im Jahr; das sind 3,2 t pro Person.

Weitere Umweltbelastungen durch das Bedarfsfeld Ernährung ergeben sich durch die Landwirtschaft: Die Bodenqualität verringert sich durch Erosion und Pestizidbelastung, während die Gewässer vor allem unter Versauerung und Eutrophierung durch Stickstoff- und Phosphateinträge leiden. Von besonderer Bedeutung für die Umwelt ist die tierische Produktion. Ihre Emissionen liegen mit 115 Mio. t CO₂-Äquivalenten fast sechs-

mal so hoch wie die aus dem Bereich Pflanzenbau mit 20 Mio. t CO₂-Äquivalenten. Darüber hinaus trägt die Tierhaltung mit ihren Ammoniumemissionen zur Versauerung von Niederschlägen und Gewässern bei, und der Gülleanfall belastet die Böden, die Gewässer und die Atmosphäre. Die Produktion tierischer Lebensmittel hat zudem einen signifikanten Anteil an der Flächenbelegung und damit an den o.g. Problemen des Ackerbaus: 60 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland wird für die Futtermittelproduktion genutzt.

Diese Zahlen machen deutlich, dass mit einer Reduktion des Fleischkonsums sowie einer Förderung des ökologischen Landbaus und der artgerechten Tierhaltung eine deutliche Entlastung der Umwelt einhergeht. Produkte aus ökologischem Anbau reduzieren durch den Verzicht auf Pestizide und Kunstdünger insbesondere die Bodenbelastungen erheblich. Dies vermindert Pestizid- und Nitratauswaschungen ins Grundwasser. Durch den Verzicht auf synthetischen Dünger und auf den Zukauf von Futtermitteln aus Importen liegt der Energieverbrauch des ökologischen Landbaus bei rund einem Drittel eines konventionellen Vergleichsbetriebs (Deutscher Bundestag 1994); zugleich ist die Intensität der Bodennutzung und damit Bodenverdichtung und Erosion im ökologischen Landbau geringer als bei konventionell bewirtschafteten Betrieben. Qualitativ hochwertiges Fleisch von gesunden, artgerecht gehaltenen und gefütterten Tieren zu konsumieren und zu produzieren, verbessert die Lebensmittelsicherheit als zentrales Element von Lebensqualität und schont gleichzeitig die Umwelt.

4. Lebensqualität steigern, Umwelt entlasten

Um einen nachhaltigen Lebensstil so zu gestalten und zu fördern, dass er als eine Bereicherung der Lebensqualität empfunden wird, ist es nötig, dass sich weite Teile der Bevölkerung davon auch emotional angesprochen fühlen. **Umweltschutz muss das Image abschütteln, er sei unbequem, altmodisch, sauertöpfisch und obendrein noch teuer.** Deshalb sind die vielen bereits existierenden Beispiele sozialökologischer Innovationen bereichernd. Sie reichen von autofreien, ökologisch gebauten Wohnsiedlungen über lokale Tauschringe und regionale Produktions- und Vermarktungsstrukturen bis zu sozial- und umweltverträglichen Urlaubsaktivitäten. **Sie zeigen, dass ein nachhaltiger Lebensstil nicht nur möglich ist, sondern auch Spaß machen und genussvoll sein kann** (Lorek, Eisenkölbl 2000).

Ernährung

Das Ernährungsverhalten ist ein Schlüsselfaktor für eine positive Ausgestaltung der Beziehung zwischen Natur und Wohlbefinden. In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird deshalb auch ausdrücklich betont: „Umwelt, Ernährung und Gesundheit gehören zusammen.“ (Bundeskanzleramt 2002). **Und der Koalitionsvertrag spitzt zu: „Gesunde Ernährung ist zentral für individuelle Lebensqualität und beste Voraussetzung für Leistungsfähigkeit von Kindesbeinen an bis in das hohe Alter.“** (Koalitionsvertrag 2002).

Die Verbindung von Umwelt und Gesundheit kommt dabei nicht von ungefähr: Verbraucherstudien zeigen, dass genussorientierte Verbraucher auch regelmäßig kalorienreduzierte Produkte verwenden und so verschiedene Ziele – Gesundheit und Genuss – simultan verwirklichen. Besondere Bedeutung hat eine andere Art der Ernährung auch deshalb, weil es eine gesündere und bessere Ernährung nicht zusätzlich zur bestehenden, sondern nur im Austausch dafür gibt. So ist die Auswahl unterschiedlicher Sorten von Tomaten oder von nussigen, rot- oder blaubleischigen Kartoffeln nicht nur eine geschmacksbewusste Bereicherung des Speisezettels, sie fördert auch die biologische Vielfalt der Nutzpflanzen und -tiere als Voraussetzung einer nachhaltigen, inputreduzierten Landwirtschaft. Jeder Weinkenner verbindet mit einer bestimmten Rebsorte ein spezifisches Geschmackserlebnis, aber wer weiß schon, aus welcher Weizen- oder Roggensorte sein Brot gebacken wurde? Gerade verarbeitete Lebensmittel zeichnen sich durch eine immer einheitlichere Rohstoffbasis aus und durch eine Verarmung an primärer landwirtschaftlicher Vielfalt, aus der mit Hilfe von Zusatzstoffen, Verarbeitungsverfahren und Verpackungen die sekundäre Produktvielfalt erzeugt wird, die Grundlage unseres Konsums ist (Künast 2002).

Die Art und Weise unserer Ernährung und unseres Einkaufs beeinflussen einerseits direkt unsere eigene Gesundheit, andererseits hat unser Verhalten Auswirkungen auf Art

und Umfang der Landwirtschaft und die daraus entstehenden Umweltbelastungen. Konsumentinnen und Konsumenten entscheiden wesentlich mit, wie groß der Anteil an biologischer Produktion und das Angebot an Fleisch aus artgerechter und tierfreundlicher Haltung ist. Sie bestimmen, wie hoch der umgesetzte Anteil von Frischerzeugnissen aus regionaler Produktion und damit wie hoch der Transportaufwand für die Einfuhr von Obst und Gemüse ist.

Um im Ernährungsbereich Umweltschonung und Lebensqualität miteinander zu verbinden, ist zunächst eine – aus jeder Diätanleitung bekannte – Veränderung notwendig: wir müssen wieder bewusster essen (und trinken), wissen, was wann wie zubereitet am bekömmlichsten ist. Heute geht das Wissen um Ernährung und Umgang mit Lebensmitteln immer mehr zurück; gesellschaftliche Traditionen und damit Alltagswissen für Alltagsessen sind von Schnellgerichten und Großküchenessen daheim oder unterwegs vielfach verdrängt worden. Gesundes Essverhalten braucht jedoch eine tragfähige Kenntnisgrundlage; ausprobieren und schnelle Wechsel bereichern den Speisezettel. Sie ersetzen solche Kenntnisse aber nicht, sondern erfordern eher ihre Erweiterung. Dies stellt eine immense Herausforderung dar, denn der Wandel von traditioneller Kochkultur zu Schnell- und Fertiggerichten war nicht etwa der Bequemlichkeit geschuldet und könnte durch einen einmaligen Willensakt („ab sofort gesünder einkaufen!“) rückgängig gemacht werden, sondern er war Symptom und Teil des gesellschaftlichen Strukturwandels. Organisation und Zeitstruktur von Erwerbsarbeit, Bildung und Ausbildung lassen heute das gemeinsame Mittagmahl der Familie kaum noch zu, die frühere

„Normalfamilie“ mit einem männlichen Alleinverdiener und einer Hausfrau löst sich zugunsten einer geschlechtergerechteren Aufteilung der Erwerbs- und (langsamer) der Hausarbeit auf, und zusätzliche und erweiterte Aufgaben in den Bereichen Versorgung, Pflege und Erziehung lassen in der Kleinfamilie die Zeit für Kochen und Essen schrumpfen, in Frankreich etwa von 3 Stunden auf 30 Minuten je Hausfrauenarbeitstag. Die Tatsache, dass in Deutschland bereits 10 % der Bevölkerung nur einmal in der Woche Obst oder Gemüse essen (so die Frankfurter Rundschau vom 22.11.2002) illustriert, wie Zeitsparen zu Lasten von gesundem Genuss geht. Die Entwicklung und Verbreitung neuer Verhaltensmodelle, die die Lebensstile der Jetztzeit und die Leitbilder einer bewussten Ernährung und eines erfüllten und erfolgreichen Arbeits- und Familienlebens vereinbaren, erfordert eine umfassende soziale Innovation. Sie bedarf sowohl der Information über die Möglichkeiten und Vorteile solcher Modelle, (Kampagnen der staatlichen Gesundheitsaufklärung wären hier ein entscheidender Schritt, denn sie erhöhen die Akzeptanz der Verbraucher/innen) als auch der Etablierung rechtlicher wie gesellschaftlich-politischer Rahmenbedingungen, die das Leitbild einer modernen, bewussten Ernährung fördern. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Produzenten, Handel, Verbraucherberatung und vieler anderer.

Im Grunde sind es drei Orientierungen, die unsere Ernährung in eine für den Einzelnen, die Gesellschaft und die Umwelt erstrebenswerte Richtung bringen können.

- Produkte aus ökologischem Landbau schonen nicht nur die Böden und schützen die biologische Vielfalt, sie sind – wenn

nicht durch Reste aus dem Intensivlandbau belastet – pestizidfrei, ohne Gentechnik und schmecken auch noch gut.

- Der Umstieg auf kleinere Fleischportionen, diese dafür aus artgerechter Tierhaltung und mit Gemüse, Obst und Salat erhöht Vielfalt und Genuss, fördert eine ausgewogenere Ernährung und verringert zugleich den Druck auf die Landwirtschaft, extreme Mastmethoden einzusetzen. Zurzeit verzehrt der durchschnittliche Bundesbürger über 60 kg Fleisch im Jahr. Eine Reduzierung auf 40 kg pro Jahr und Person – das wären immer noch 3,5 kg/Monat – würde in Deutschland flächendeckenden ökologischen Landbau ermöglichen.
- Regionale Produkte der Saison sind frisch, vitaminreich, gesund, schmackhaft und nach neuen wie nach traditionellen Rezepten zubereitbar; zudem verringern sie den Gütertransport insbesondere auf den Fernstrecken. Exotische und außersaisonale Nahrungsmittel sind ein zusätzlicher Luxus, den man sich durchaus leisten kann, aber kein Ersatz.

Der ökologische Landbau ist dabei von besonderer Bedeutung. Er ist – ungeachtet in der Vergangenheit von außen eingeschleppter Pestizidverschmutzungen (Nitrofen, DDT etc.), die aus der chemisierten Landwirtschaft stammen – die nachhaltigste Art der Erzeugung von Lebensmitteln und sollte der Lebensmittelproduktion flächendeckend als Leitbild dienen. Damit jedoch Bioprodukte bei den Verbrauchern/innen „ankommen“ können, muss eine Reihe der eingangs erwähnten Probleme gelöst werden:

- Die **Preise** auf dem Lebensmittelmarkt bevorteilen bisher Produkte aus Intensiv-

produktion. Dabei tragen die Konsumierenden indirekt die Folgen der Nicht-Nachhaltigkeit: über Nitrat und Pestizide im Grundwasser, Gewässerbelastung, Verlust der biologischen Vielfalt, Monotonie und Verarmung der ländlichen Regionen etc. Würden solche Folgeschäden nicht wie bislang auf die Allgemeinheit abgewälzt, dann würden bereits die Preise die Konsumenten in Richtung Ökoprodukte lenken.

- Die **Verfügbarkeit** ökologischer Produkte zu erhöhen ist ebenso wichtig. Dass die meisten Lebensmittelketten inzwischen eine eigene Ökolinie entwickelt haben, ist dabei ein wesentlicher Schritt vorwärts, ebenso wie das langsam wachsende Angebot von nachhaltig erzeugten Produkten in Gastronomie und betriebs-eigenen Küchen. Wenn Biolebensmittel eine Chance haben sollen, müssen sie dort angeboten werden, wo die Verbraucher/innen ihre Mahlzeiten einnehmen, also auch zunehmend außer Haus. Zurzeit scheitern derartige Schritte häufig an den Preisen (s.o.), da es z.B. in Kantinen bestimmte Kostenbudgets gibt, die nicht überschritten werden dürfen. Dies führt vor allem zu einem geringen Einsatz von Biofleisch.
- **Zur Erkennbarkeit der Produkte aus ökologischem Landbau ist vor allem eine einheitliche Kennzeichnung wie vom Verbraucherministerium initiiert notwendig, nach strengen Standards und möglichst auf europäischer Ebene.** Um den Absatz zu fördern, bedarf es geeigneter Marketingkonzepte, die auf klare Kennzeichnungsvorschriften auch für Bio- bzw. konventionelles Fleisch angewiesen sind. Solche Kennzeichnungen

müssten von einer schärferen Gesetzgebung und Kontrolle für die Lebensmittelindustrie flankiert werden, um einen Missbrauch bei der Weiterverarbeitung zu unterbinden. **Die Fleischherkunft muss vom Verbraucher zurückverfolgbar sein, vom Hof bis zum Kunden, wobei der Handel eine zentrale Verantwortung dafür hat, dass die Reichweite der Maßnahmen bis zum Konsumenten gewährleistet wird.** Ein erster Schritt wäre es, das vorhandene System der Kontrollnummern bekannt zu machen: noch ist es ein System für Insider, das nur schwer zu kommunizieren ist. Um Missbrauch und Skandale zu verhindern, wäre eine Futtermitteldeklaration ein wichtiger Beitrag zur Förderung einer verlässlich nachhaltigen Fleischproduktion; auch hier braucht es Klarheit in Gesetzen und Verordnungen. Dazu gehören sanktionsbewehrte Prüfungen, damit der Verbraucher sicher sein kann, dass das Biosiegel auch ein kontrolliertes Gütesiegel darstellt. Zur Stärkung der regionalen Sortenvielfalt könnte auch die Kennzeichnung der Transportintensität auf den Produkten beitragen, wie sie die britische Regierung vorgeschlagen hat („food miles“, UK Government 1994).

- Eine Möglichkeit, das positive **Image** der Bioprodukte zu stärken, ist der Verweis auf ihre Geschmacks- und Genussqualitäten: Neben das Markenbewusstsein der Käufer/innen könnte ein Sortenbewusstsein treten, das (in doppelter Bedeutung) Zeichen eines guten Geschmacks ist.

Eine langfristig ausgerichtete Kombination dieser Maßnahmen ist notwendig, um die Marktstellung nachhaltig produzierter Lebensmittel von Nischen- und Impulskauf-

Produkten hin zu Habitualisierten-Produkten für den genuss-orientierten Verbraucher zu entwickeln, die nach breitem Selbstverständnis ihre Lebensqualität erhöhen (Lorek, Eisenkölbl 2000).

Bauen und Wohnen

Auch im Bereich Bauen und Wohnen geht es vor allem darum, deutlich zu machen, dass Lebensqualität nicht zu Lasten der Umwelt gehen muss, im Gegenteil. Die Interessengleichheit von Umwelterhalt und gutem Leben gilt jedoch in unterschiedlichen Teilbereichen dieses Konsumsektors in sehr verschiedenem Ausmaß.

Energieverbrauch

Im Bereich des Heizenergieverbrauchs lässt sich der Nachweis von Synergien recht einfach führen, denn ein angemessenes Heizverhalten, eine solide Dämmung und effiziente Heizsysteme bieten mit langfristig erheblichen finanziellen Einsparmöglichkeiten das gleiche Bequemlichkeitsniveau gegenüber geringerer Dämmung und mehr Heizung. Der finanzielle Anreiz ist also vorhanden, steigt mit der Höhe der Ökosteuern und könnte noch deutlicher herausgestellt werden. Der ökologische Vorteil ist ebenfalls offensichtlich, steht aber unter einem Vorbehalt: Wenn das durch weniger Energieverbrauch eingesparte Geld im wesentlichen für neuen Energieverbrauch ausgegeben wird (z.B. für Flugreisen), dann relativiert sich die Umweltentlastung erheblich. Um diesen Rückkoppelungs- oder Rebound-Effekt gering zu halten, muss also nicht nur das Energiesparen gefördert, sondern allgemein die Anreizstruktur für Konsumenten/innen hin zu einem nachhaltigen Kon-

sum verbessert werden. Mit anderen Worten: **Energiesparen bringt nur geringe Vorteile, wenn es isoliert gesehen wird und nicht als Teil einer umfassenden sozial-ökologischen Modernisierung unserer Konsummuster.**

Um den Zusammenhang von Bequemlichkeit, Energiesparmassnahmen und Heizkosten deutlich erkennbar zu machen, müssen die Kosten des Heizenergieverbrauchs für die privaten Haushalte transparent sein. Dies bedeutet zunächst für die Vermieter, den Mietern klare Informationen über den eigenen Verbrauch zu bieten, vor allem Vergleichsmöglichkeiten über die durchschnittlichen Heizkosten der eigenen Wohnung im Verhältnis zu ähnlichen Objekten.

Mietwohnungen machen den größten Teil des Wohnraumes in Deutschland aus und verursachen entsprechend in der Summe den größten Energieverbrauch. Dabei kann ein Interessengegensatz zwischen Vermieterinteresse und Haushaltsinformation auftreten (wer teilt schon gern mit „bei mir wohnen Sie überdurchschnittlich teuer“) – das spricht dafür, in diesem Bereich nicht mit freiwilligen Vereinbarungen zu operieren, sondern bindende Rechtsregelungen vorzugeben. Dabei könnten auch die Wohnungsbesitzer ohne Vermietungs- oder Verkaufsabsichten einbezogen werden, so dass diesen ebenfalls die Information über Einsparpotentiale vorläge, in Verbindung mit Beratung durch die neuen Effizienzagenturen mehrerer Bundesländer. Dem trägt der Koalitionsvertrag Rechnung, der die Durchführung energetischer Sanierungsmaßnahmen erleichtern will, indem er ein Anschlussprogramm zur energetischen Modernisierung des Gebäudebestandes in Aussicht stellt, das anstelle von

zinsvergünstigten Krediten Zuschüsse oder Sonderabschreibungen beinhaltet.

Auch die Ausweisung von Warmmieten (statt der bisher üblichen Angabe von Kaltmiete plus meist unbeziffelter Nebenkosten) könnte Verbrauchern/innen frühzeitig und allgemeinverständlich wichtige Informationen geben. Werden die durchschnittlichen Heizkosten in die Grundmiete eingerechnet, bietet diese dem Verbraucher eine klare Übersicht über den eigenen Verbrauch im Vergleich zum Durchschnitt. Ein konsequenter Schritt auf Vermieterseite wäre dann beispielsweise, sparsame Mieter durch Ausgleichszahlungen zu belohnen und verschwenderische durch Nachzahlungen zu belasten. Dazu bedürfte es einer geeigneten Grundlage im Mietrecht sowie Richt- bzw. Normwerte des Energieverbrauchs pro qm, anhand derer die Ausgleichs- und Nachzahlungen berechnet werden könnten. Den Mietern böte dieses Instrument Orientierung beim Neubezug einer Wohnung, insbesondere wenn die Kommunen einen flächendeckend erhobenen kommunalen Warmmietespiegel vorlegen würden. Eine ähnlich hilfreiche Orientierung für Mieter ergäbe sich auch, wenn Vermieter verpflichtet würden, zu jeder vermietbaren Wohnung durch unabhängige Sachverständige (z.B. Schornsteinfeger) einen Energiepass ausstellen zu lassen.

Das Dilemma bei Mietwohnungen besteht darin, dass viele Vermieter die Kosten einer Sanierung scheuen, da – abgesehen von der Wertsteigerung, die mittelfristig eine Steigerung der Grundmiete rechtfertigt – nicht sie sondern der Mieter von dem finanziellen Vorteil der Energieeinsparung profitieren. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen

würde der Anreiz für die Vermieter steigen, sanierte Wohnungen anzubieten. Kombiniert mit den Sonderkrediten und Contracting-Modellen (z.B. Haussanierung durch eine Firma, die eine gleichbleibende Wärmeversorgung garantiert und sich selbst zunächst aus den eingesparten Heizkosten refinanziert; anschließend teilen sich Firma, Mieter und Vermieter den Gewinn) ergeben sich Vorteile für alle Beteiligten.

Flächenverbrauch

Ein weit größeres Problem für die Vermittlung der Komplementarität von Lebensqualität und Umweltschutz stellt die aus Umweltgesichtspunkten notwendige Aufwertung des Wohnens im vorhandenen Altbaubestand dar. Um die Neuversiegelung zu reduzieren, muss, entgegen der verbreiteten Idealvorstellung vom eigenen Heim (am besten im Grünen, aber mit direktem Zugang zu allen Dienstleistungen der modernen Großstadt), der Zersiedelung durch den Baulandausweis für Ein- und Zweifamilienhäuser erheblich entgegengesteuert werden. Bei den Entscheidungen privater Haushalte über Investitionen für einen Wohnungsneubau oder den Erwerb bzw. die Sanierung von Altbestand spielt die Politik durch staatliche Regelung und Förderung eine wichtige Rolle. Die aus finanziellen Gründen erwogene Streichung der besonderen Förderung von Einzelhaus-Neubauten („Eigenheimzulage“) ist u.a. auf Druck der Baulobby verwässert worden – arbeitspolitisch ein Eigentor, denn die Bestandssanierung ist weitaus arbeitsintensiver, schafft und sichert also pro Million € Investitionssumme deutlich mehr und qualifiziertere Arbeitsplätze als der Neubau. Zudem werden im nächsten Jahrzehnt Hunderttausende Eigenheime der ersten „Häusle-

bauer-Generation“ frei, die für junge Familien modernisiert werden könnten, z.B. aus der Bausparkkomponente der Riester-Rente. Diese Häuser liegen zudem infolge der gestiegenen Bodenpreise meist weniger weit außerhalb der Ballungszentren als Neubauflächen, so dass ihre Nutzung statt Neubau auch dazu beitragen würde, den „urban sprawl“, also das Metastasieren der Städte und damit die anschwellende Verkehrslawine zu begrenzen. Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ hat bereits 1998 staatliche Fördermaßnahmen oder Umlenkung privater Investitionen in den Wohnungsbestand, eine Förderung der Attraktivität des Geschosswohnungsbaus durch verstärkte Eigentumsbildung, den Wegfall von Abschreibungsvergünstigungen bei hohem individuellem Wohnflächenkonsum und die Förderung altersgerechten Wohnens angemahnt (Deutscher Bundestag 1998).

Als Instrumente, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich eingesetzt wurden, bieten sich steuerliche und sonstige Förderprogramme an, die auf die Modernisierung und Sanierung von vorhandenem Wohnraum zugeschnitten sind. Auch viele ordnungsrechtliche Maßnahmen sind bereits formuliert. Hier ist vor allem eine konsequente Umsetzung sicherzustellen.

Nicht zuletzt bedarf es zur Erreichung der notwendigen Ziele gut ausgebildeter Fachleute. Daher muss die Altbausanierung stärker in die Ausbildung der Architekten und des Handwerks einfließen. Sehr wichtig ist hier die fortlaufende Aktualisierung, damit Trends nicht verschlafen, sondern gezielt entwickelt werden. So sind zum Beispiel flexible Wohnungszuschnitte seit Jahrzehnten in der Diskussion, die es Ehepaaren nach

Auszug der Kinder ermöglichen würden, sich ohne Umzug in eine Nachbarschaft ohne die etablierten Sozialkontakte „kleiner zu setzen“, d.h. den Trend umzukehren, dass der Wohnraum mit zunehmendem Alter den Bedarf immer weiter übersteigt. Gerade angesichts der zunehmender Alterung der Bevölkerung bestehen hier erhebliche Handlungsmöglichkeiten.

Fazit

Haushalte spielen bei der Wohnraumnutzung eine entscheidende Rolle, sei es als Eigentümer oder als „pressure group“, die erheblichen Einfluss auf die Hausbesitzer hat. Sie allein werden jedoch wenig erreichen können. Notwendig sind die richtigen politischen Rahmensetzungen sowie die Zusammenarbeit der Haushalte und ihrer Vertreter/innen z.B. aus Verbraucher- und Mieterschutzverbänden mit den anderen Akteuren des Wohnungssektors (Svanne 2002). Vermieter, Architekten, Regional- und Städteplaner sowie Wohnungsbaugenossenschaften und Bausparkassen sind hier von besonderer Bedeutung (Lorek, Spangenberg 2001c).

5. Neue Vorbilder braucht das Land

In den Ländern West- und Mitteleuropas, wo die Bevölkerungszahl nahezu konstant ist, ergibt sich die Umweltbelastung im wesentlichen als das Produkt von Konsumniveau und technisch beeinflusster Öko-Effizienz des Konsums. Wenn jeder Kaufakt mit Umweltfolgen verbunden ist, dann erscheint es *ceteris paribus* plausibel, dass die Umwelt um so mehr belastet wird, je mehr Geld ein Individuum bzw. auf der Makroebene die Bewohner/innen eines Landes insgesamt zur Verfügung haben und für ihren Konsum ausgeben können (von den Einflüssen der Einkommensverteilung auf das Konsumverhalten wird hier abgesehen). Für die Art des Konsums dienen den breiten Mittelschichten, die den Löwenanteil des Haushaltskonsums ausmachen, die besonders Wohlhabenden als Vorbild. Ihre Konsummuster werden – traditionell wie medial vermittelt – als Vorgeschmack sich jetzt andeutender und zukünftig realisierbarer Konsummöglichkeiten wahrgenommen. Insbesondere der positionale Konsum, also Statusgüter, orientiert sich am Blick nach oben – was die Distinktionsfunktion des betreffenden Konsumgutes, also die Möglichkeit sich damit von der „Masse“ abzuheben zwangsläufig untergräbt und zur Suche nach neuen Unterscheidungsmöglichkeiten und damit nach neuen Statusgütern führt. Die Entwicklung des Mobiltelefons vom Status- zum Alltagsprodukt ist ein aktuelles Beispiel einer solchen Entwicklung.

Welche Präferenzen haben aber die Wohlhabenden konkret? Für welche Art von Kon-

sum entscheiden sie sich, wie viel davon verbrauchen sie, mit welchen Wirkungen auf die Umwelt? Ist ihr Lebensstil schon deshalb in seinem Wesen nachhaltig, weil die Besitzstruktur der Reichen den Willen zu Dauerhaftigkeit, zu Erhalten und Vererben nahe legt?

Will man sich bei der Beantwortung dieser Fragen nicht auf Plausibilitätsüberlegungen mit durchaus unterschiedlichem Ergebnis beschränken, sondern den Sachverhalt verlässlicher überprüfen als durch spekulative Aussagen, so kann ihr Konsum in den drei umweltrelevanten Handlungsfeldern untersucht werden. Deren einkommensspezifische Ausprägung erlaubt dann wiederum Aussagen darüber, ob die Wohlhabenden als Protagonisten ökologischer Destruktion betrachtet werden müssen, in und zwischen den Gesellschaften, oder ob sie als Vorhut nachhaltigen Konsums gelten können.

In mindestens zwei der drei für den Umweltverbrauch entscheidenden Bedarfswelder ist ein eindeutiger Zusammenhang von Umweltverbrauch und dem Grad des materiellen Wohlstands festzustellen. In den Bereichen Bauen und Wohnen sowie Mobilität geht ein steigendes Einkommen gesichert mit steigenden Umweltbelastungen einher, im Bereich Ernährung gibt es erste Hinweise. Die Möglichkeiten, die Reichtum bietet, werden also nicht für einen im Sinne der Nachhaltigkeit besseren, sondern überwiegend für einen quantitativ höheren Konsum

genutzt. Mehr statt besser, genauer: mehr ist besser scheint die entscheidungsleitende Maxime zu sein (Lorek, Spangenberg 2001). Untersuchungen aus Dänemark bestätigen dieses Bild: Wohlhabende mit Nettoeinkommen von 230.000 dkr/Jahr und mehr verbrauchen in allen Konsumfeldern signifikant mehr Ressourcen als die Bezieher durchschnittlicher Einkommen von 145.000 dkr/Jahr (Wijdling 2002).

Dies ist insbesondere deshalb bedenklich, **weil die Konsummuster der reichen Bevölkerungsgruppen nach wie vor das Leitbild der Bevölkerungsmehrheit prägen und so einem qualitativen Wandel der Konsummuster hin zu mehr Zukunftsfähigkeit diametral entgegenstehen.** Wenn Einkommen und Eigentum verpflichten, dann wird diese Pflicht auch im Hinblick auf umweltverträglichen Konsum nicht wahrgenommen.

Insofern steht eine auf Lebensqualität und Umweltschutz ausgerichtete Politik vor dem Dilemma, dass diejenigen, die eine erfolgreiche Umsetzung des Teilziels „gutes Einkommen“ verkörpern, unter Umweltaspekten als Leitbildträger untauglich sind. Verhaltensänderungen dieser als Vorbild wahrgenommenen Gruppe sind deshalb dringend erforderlich; sie erfordern jedoch gezielt auf die höheren Einkommensgruppen gerichtete Maßnahmen, die diese Zielgruppe zu einem anderen Verhalten motivieren.

Soweit ökonomische Instrumente eingesetzt werden sollen, ist zu bedenken, dass die finanzielle Belastung auf eine Gruppe zielt, deren Preisempfindlichkeit dank hohen Einkommens und Vermögens vergleichsweise am geringsten ist. Das rechtfertigt nicht nur eine überproportionale Belastung der Spit-

zenkonsumenten z.B. durch eine progressive statt der bisher überwiegend degressiven Ausgestaltung der Ressourcenpreise, es macht sie sogar zur Voraussetzung für die Wirksamkeit ökonomischer Instrumente und spricht für ihre Ergänzung durch ordnungs- und planungsrechtliche Maßnahmen wie Quotenregelungen, technische Standards. Wird eine solche „Wohlstandskonsum-Umsteuerungspolitik“ nicht verfolgt, ergibt sich ein Politikdilemma, wenn die ökonomische weniger Privilegierten auf Preiseffekte sehr wohl reagieren (wie der erstmalige Rückgang des Benzinverbrauchs durch den kombinierten Effekt von Weltmarktpreis und Ökosteuer trotz aller „Benzinwut“ gezeigt hat), die leitbildsetzenden Gruppen aber nicht. In diesem Falle empfindet die Mehrheit der Konsumenten/innen und damit der Wähler/innen eine Zurücksetzung, eine von oben verordnete wachsende Diskrepanz zwischen Ziel und Realisierungsmöglichkeit, und damit einen signifikanten Verlust an Zufriedenheit und Lebensqualität, der sich für die Vertreter/innen einer solchen Politik als fatal erweisen muss.

Solche direkten wie indirekten Verbrauchsbeschränkungen für Rohstoffe setzen zudem – da ja die Lebens- und Konsumqualität weiter nachgefragt wird und diese Nachfrage auch befriedigt werden soll – Anreize für die Erhöhung der Ressourcenproduktivität und damit letztlich auch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die wirtschaftlichen Potentiale zur Ressourceneinsparung sind weit höher als von den meisten Entscheidungsträgern erkannt. Ihre konsequente Nutzung böte der Bundesrepublik nach Einschätzung der Unternehmensberatung Arthur D. Little die Möglichkeit, – anders als bei den Personalkosten – sich in relativ

kurzer Zeit eine internationale Spitzenposition zu erarbeiten (Fischer 2002).

Eine solche Entwicklung – die gewiss international Nachahmer fände – würde zudem national wie international den Spielraum erweitern, der zur Bedürfnisbefriedigung der Armen und Ärmsten zur Verfügung steht, ohne dabei die Umwelt übermäßig zu belasten. Bei geeigneter Ausgestaltung kann eine solche Umverteilung im Ressourcenzugang zugunsten der Armen Armutsbekämpfung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Entlastung der Umwelt verbinden, in Industriestaaten wie Deutschland (Hans-Böckler-Stiftung 2000) ebenso wie in Entwicklungsländern (Heady 2000).

Eine solche Umverteilung darf natürlich nicht dazu führen, dass für eine der betroffenen Gruppen die Befriedigung elementarer Bedürfnisse vollständig oder teilweise entfällt – es geht nicht um die Unterdrückung von Bedürfnissen, sondern um die Substitution der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung durch sozial-ökologisch bessere Alternativen, also um einen ökologischen Strukturwandel der Befriedigungsmittel oder „satisfiers“ (Max-Neef 1991). Hinzu kommt die Vermeidung von Verschwendung, d.h. von Konsum, der nicht direkt der Bedürfnisbefriedigung dient, sondern abgeleiteten Zwecken, die ebenfalls in der Regel anders besser und auch für die Konsumierenden zufriedenstellender befriedigt werden können.

Um einerseits die Substitutionspotentiale zu identifizieren und andererseits die Möglichkeiten zur Vermeidung von Überkonsum aufzudecken, ist es hilfreich, insbesondere für den Bereich jenseits der Grundbedürfnisse zwischen intrinsischen und extrinsischen Konsummotiven zu unterscheiden, auch wenn

Konsumentenscheidungen der Haushalte in aller Regel nicht monokausal begründet sind, sondern in einer Gemengelage intrinsischer wie extrinsischer Motive wurzeln. Als **intrinsische Faktoren** bezeichnet man dabei die persönliche kognitive Kapazität oder Einsichtsfähigkeit, psychologische Faktoren, persönliche Interessen oder Vorlieben und philosophische oder ethische Normen und Werte, denen sich der/die Einzelne verpflichtet fühlt. Für die Designer, Produzenten und Vermarkter/innen ökologischer Produkte stellen diese Faktoren insofern eine besondere Herausforderung dar, als die dominierenden Präferenzen der Mehrheit der Konsumenten/innen und damit deren Erwartungen und Ansprüche auch an ökologische Produkte von der Konsumgesellschaft geprägt sind. Nutzwert, Bequemlichkeit und Attraktivität öko-sozialer Produkte und Dienstleistungen müssen mit den konventionellen Alternativen mithalten können, und der Zusatznutzen des „ethisch überlegenen“ Produkts muss in einer Weise kommuniziert werden, dass er die Verbraucher/innen in deren Sprache verständlich erreicht. Es ist offensichtlich, dass hier auch die politisch gesetzten Rahmenbedingungen (Standards, Normen etc.) eine wichtige Rolle spielen, aber letztlich ist ein Öko-Produkt nur dann „ethisch besser“, wenn es als solches mindestens gut ist – Moral ist kein Ersatz für Qualität, sondern ihre nachhaltige Ergänzung.

Extrinsische Faktoren beschreiben die wirtschaftliche und soziale Situation sowie die sozialen Beziehungen des Individuums, einschließlich Selbstbewusstsein und Selbstachtung, Geben und Nehmen von Respekt, Entfaltungsmöglichkeit in hierarchischen Strukturen, aber auch die Rolle in den familieninternen Aushandlungsprozessen.

Intrinsische Faktoren bestimmen die Präferenzen der Konsumenten/innen, aber die extrinsischen bestimmen das resultierende Verhalten, denn sie setzen den Wünschen die Grenzen der Realisierbarkeit; beide entwickeln sich in enger Wechselwirkung. Als Ergebnis kann die soziale Wertschätzung von Produkten oder ihre Bedeutung für das Selbstwertgefühl einen entscheidenden Unterschied zwischen ansonsten funktional äquivalenten Alternativen ausmachen. Die Reaktualisierung von Träumen, Wünschen oder (ausgelagerten) Idealen durch die emotionale Resonanz des Produkts, sein Image und seine Wahrnehmung durch andere stellen einen Wert da, der ebenso real ist wie der unmittelbare Produktnutzen, wenngleich er für Außenstehende oft schwerer zu erkennen ist (Jackson 2002). Konsummuster, d.h. das simultane Auftreten verschiedener, aber miteinander verbundener Konsumententscheidungen, definieren spezifische Lebensstile und unterscheiden soziale Gruppen durch die Wahl unterschiedlicher Mittel zur Darstellung und Aktualisierung von gemeinsamen Werten und Orientierungen. Diese soziale Distinktionsfunktion stellt für die Gruppenmitglieder einen wesentlichen die kollektive Identität stützenden (Zusatz?-) Nutzen dar; diese kollektive Identität beruht auf gemeinsamen Leitbildern und manifestiert sich in kollektiven Konsumententscheidungen. Diese Gruppenleitbilder wiederum bieten – wie eingangs erwähnt – eine vereinfachte Orientierungsgrundlage und entlasten so den Einzelnen in seiner täglichen Konfrontation mit einer zunehmend komplexeren Welt.

Die Anbieter ökologischer Produkte haben also nur dann eine Chance aus ihrer (wichtigen!) Pionier-Marktnische herauszukommen

und zu einer ernsthaften Konkurrenz im Massenmarkt zu werden, wenn es ihnen gelingt, ihr ideologisches Image abzustreifen (und damit einen Teil des ethischen Zusatznutzens zu leugnen): Ist ein Produkt bereits ideologisch aufgeladen, ist seine Eignung als Projektionsfläche von Gruppenidentitäten eingeschränkt. Umweltfreundliche Produkte müssen also ihre Eigenidentität zurückstellen, um eine soziale Identifikationsfunktion übernehmen zu können. Die Modebranche geht bereits diesen Weg und weist auf ökologisch optimierte Natur- wie Synthetikfasern nicht mehr offensiv hin sondern, wenn überhaupt, in einer Art von „Understatement Marketing“ nur noch nach dem Kauf. (Fischer, Pant 2002).

Allerdings können Öko-Produkte nicht alle Motivationslagen bedienen, wie sich am wahrscheinlich bestuntersuchten Beispiel, den Motivationslagen im Autoverkehr, zeigen lässt. Über den bereits in sich nicht objektiven Bedürfnissen folgenden Freizeitkonsum von Mobilitätsdienstleistungen hinaus (ein wachsender Teil des Verkehrs ist nicht von dem Bedürfnis motiviert, zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Zielort einzutreffen, sondern von der unaufhebbaren Angst, dort – wie zeitgleich anderswo – etwas zu verpassen) werden im Autoverkehr – da die soziale Kontrolle im Individualverkehr fehlt – überwiegend persönliche Motivationen ausgelebt, die weder sozial noch ökologisch zu befriedigen sind: Psychologen bezeichnen zehn Prozent der Fahrer als „Nervenkitzel-Fahrer“, doppelt so viele als „Kraftmeier und Gewaltfahrer“ und ein volles Drittel als „Ersatzkarrieristen“, die sich ersatzweise Erfolgserlebnisse auf Landstraße und Autobahn suchen, die ihnen im Berufsalltag vorenthalten bleiben. Ohne Auto

fühlen sich die Fahrer entsprechend „eingengt, abhängig, unfrei, isoliert, einsam“ obwohl das Individualmobil ein Maximum an Isolation repräsentiert (Combach 2002). Zu diesem überwiegend intrinsisch motivierten Ausleben von Aggressionen, Ängsten und der Suche nach Erfolgserlebnissen gesellt sich die extrinsische Motivation: der Sozialstatus durch den Besitz eines bestimmten Wagentyps, das Prestige, die Anerkennung, und die dadurch gesteigerte Selbstachtung usw. machen aus dem PKW weit mehr als ein Personentransportmittel mit Vor- und Nachteilen, sie machen aus ihm einen Teil der individuellen Identität und ein Kernelement von Selbstachtung und Selbstwertgefühl.

Diese Motivation für Konsumententscheidungen, die nicht auf den unmittelbaren Nutzen des Produkts zielt, sondern auf eine Ersatzbefriedigung andernorts offen gebliebener Bedürfnisse, bezeichnet Scherhorn als „kompensatorischen Konsum“ (Scherhorn 1991). Dieser steigt um so mehr, je weniger Selbstverwirklichung und Anerkennung die berufliche Tätigkeit bietet; verkürzt gesagt, kaufen Menschen mit Geld, das sie nicht haben, Dinge, die sie nicht brauchen, um Leuten zu imponieren, die sie nicht mögen. Je höher die Arbeitszufriedenheit, desto geringer fällt dieser kompensatorische Konsum aus; Einbindung in starre Hierarchien, ständige Kontrolle und Fremdbestimmung steigern ihn. Hier zeigt sich so deutlich wie sonst nur selten die enge Wechselwirkung von Lebensqualität und Umweltinanspruchnahme: Während sich sonst die öffentliche Diskussion meist um zwei Pole dreht

1. bessere Umweltqualität → mehr Lebensqualität, oder

2. mehr Umweltauforderungen → weniger Lebensqualität,

wird hier die entgegengesetzte Wirkungsrichtung deutlich:

3. weniger sozioökonomische Lebensqualität → mehr kompensatorischer Konsum → mehr Umweltinanspruchnahme,

oder im Umkehrschluss

4. mehr Lebensqualität → weniger Kompensationsbedarf → mehr Umweltschutz.

Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen trägt somit zur gleichzeitigen Erhöhung der Lebens- wie der Umweltqualität bei; beide erweisen sich hier als zwei Seiten einer Medaille. Damit ist deutlich, dass es nicht nur um Konsum-, sondern um Lebensstile geht, einschließlich der Zukunft von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, ihrer Quantität, vor allem aber ihrer Qualität.

Eine solche Entwicklung hin zu einer umfassenden Steigerung der Lebensqualität ist jedoch nicht ohne Konflikte zu erreichen: sie greift unvermeidlich in Besitzstände und Privilegien ein. Sie erfordert Konfliktfähigkeit und als deren Voraussetzung eine positive Vision einer nachhaltigen Zukunft mit hoher Lebensqualität, ein Leitbild für das es sich lohnt, Konflikte einzugehen. Benötigt werden **geeignete Rahmenbedingungen und Anreize zur Überwindung von Trägheiten und Hemmschwellen, also eine Makropolitik zur Mobilisierung von Reformpotentialen zur Modernisierung institutioneller Mechanismen und zur Stärkung der Organisationen, die wesentliche Nachhaltigkeitsziele verkörpern (NGOs, Gewerkschaften etc.). Es bedarf ferner der glaubwürdigen Vermittlung von Leitbildern,**

also einer Meta-Politik, die auf die institutionellen Orientierungen der Gesellschaft zielt sowie Vorbilder und Orientierung anbietet. Regierungen und Verwaltungen sind dabei gefordert, eine Vorreiterrolle zu spielen und beispielhaft zu agieren. Das betrifft nicht nur das öffentliche Beschaffungswesen, sondern auch die Ausgestaltung öffentlicher Gebäude (hier wurden erste wichtige Schritte getan; eine flächendeckende Umsetzung wird jedoch unter anderem vom Finanzmangel insbesondere auf kommunaler Ebene verhindert), die Verkehrsmittelwahl der Führungskräfte oder ihr Ernährungsverhalten. Ein weiteres Beispiel ist die Hoffnung, die auf Umweltentlastung durch Informationalisierung gesetzt wird. Hier gibt es sicher Potentiale für Beiträge zu einer nachhaltigen und lebenswerten Gesellschaft, weit über die teils ambivalenten ökologischen Wirkungen hinaus. Diese werden aber keineswegs systematisch ausgeschöpft. Eine öffentliche Verwaltung, die auf wissensintensives und innovatives Regieren festgelegt wäre, könnte hier durch ihre Nachfragemacht den Märkten eine neue Orientierung geben, die zu Gunsten der Bürger/innen wie der Umwelt (Dror 2002) die Entwicklung einer nachhaltigen Wissensgesellschaft vorantreiben würde.

Das ist ein völlig anderes Verständnis der Rolle von Politik als dies heute praktiziert wird: nicht mehr als Moderator gesellschaftlicher Prozesse, sondern als Zielgeber und aktiver Gestalter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist Politik gefragt, z.B. durch Stärkung (*empowerment*) wichtiger, aber ökonomisch schwacher Gruppen, wie z.B. Umwelt-, Frauen- und Verbraucherverbände, Dritte-Welt-Gruppen etc. Die Auseinandersetzung zwischen den politischen

Lagern wäre dann nicht länger auf die Frage nach der besseren Management- und Diskurskompetenz beschränkt, sondern würde um unterschiedliche Zielperspektiven geführt. Eine Repolitisierung der Politik wäre die Folge, mit wahrscheinlich positiven Auswirkungen auf Wahlbeteiligung und Politikmüdigkeit. Wer jedoch diese neuen Leitbilder glaubwürdig verkörpern könnte und wie dies zu geschehen hätte, ist eine weitgehend offene Frage, die von den Entscheidungsträgern aller Parteien schnellstmöglich angegangen werden sollte.

6. Von ersten Schritten und dem weiteren Weg

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, so wie es in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung beschrieben ist, misst dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Lebensqualität eine hervorgehobene Bedeutung bei. Dabei werden unter dem Titel **Lebensqualität, Umweltschutz und Naturgenuss** nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, aber auch die Möglichkeiten eines gesunden Lebens subsumiert (Bundeskanzleramt 2001).

Bereits in der Einleitung hebt die Bundesregierung die Bereiche Ernährung und Bauen und Wohnen ausdrücklich hervor.

Bauen und Wohnen

Um auf diesen Handlungsfeldern auch konkrete praktische Impulse zu geben, wurde im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein umfassendes Pilotprojekt initiiert. Dieses zielt zum einen auf eine verstärkte Nutzung von Windenergie im Offshore-Bereich. Zum anderen geht es um die Unterstützung der Brennstoffzelle, die schon in Zukunft eine zunehmend wichtige Rolle im Rahmen einer effizienten Energieversorgung und -nutzung haben wird (Bundeskanzleramt 2001).

Im Rahmen des Klimaschutzprogramms hat die Bundesregierung auch für die CO₂-Emissionen des Gebäudebestandes die Anforderungen erhöht. Dadurch sollen die CO₂-Emissionen bis 2005 um 13 bis 20 Mio. Tonnen zurückgehen. Erreicht werden soll dieses Ziel

vor allem durch die Energieeinsparverordnung (4 Mio. t) und Subventionsprogramme zur Energieeinsparung im Gebäudebestand (5–7 Mio. t). Die Ökosteuerreform dient dabei als flankierende Maßnahme.

Eine wichtige Rolle spielt die EnergieEinsparverordnung (EnEV), die Regelungen für eine Isolation und Dämmung mit Vorschriften für effiziente Heizungssystemen kombiniert, auch wenn Verbraucherorganisationen und Energieagenturen die Regelungen als zu schwach ansehen, um tatsächlich den im Gesetz angestrebten Niedrigenergiestandard zu etablieren. Außerdem bleibt abzuwarten, wie die Verordnung in der Praxis durchgesetzt wird. Grundsätzlich jedoch gehen viele entscheidende Schritte in die richtige Richtung, wie die Integration des vorhandenen Gebäudebestandes und die Orientierung am Primär- statt am Endenergieverbrauch (IWU Institut Wohnen und Umwelt 2001).

Ein „Leitfaden nachhaltiges Bauen“ des Bundesbau- und Verkehrsministeriums stellt einen wichtigen Schritt für künftige öffentliche Bauten dar; er könnte jedoch in Teilen verschärft, auf nicht-bundeseigene Bauvorhaben ausgeweitet, auch Privaten zur Verfügung gestellt und um einen Teil zur sozial-ökologischen Altbaumodernisierung ergänzt werden.

Weitere nächste Schritte sollten – wie zum Teil bereits erwähnt – eine gezielte Förderung der Sanierung des Bestandes zu Lasten

der Neubauförderung sein, verbunden mit der Förderung von Musterlösungen ökologischer Stadtentwicklung und finanziert durch eine Besteuerung der Flächennutzung (Jänicke, Volkery 2002).

Ernährung

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung betont, die von ihr eingeleitete Neuorientierung der Agrarpolitik ziele auf mehr Lebensqualität. Sie wurde mit dem Schwerpunkt auf Verbraucherschutz bereits mit einer Reihe von Maßnahmen eingeleitet.

- Sicherheit der Lebensmittel und Vorrang des präventiven gesundheitlichen Verbraucherschutzes,
- Schwerpunktsetzung auf die Qualität der Lebensmittel,
- Umwelt-, natur- und ressourcenschonende Art und Weise der Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel,
- Tiergerechtigkeit der Haltung, des Transports und der Schlachtung von Tieren,
- deutlichere Berücksichtigung der gesundheitlichen Aspekte der Ernährung einschließlich der Ernährungsaufklärung,
- Entwicklung der ländlichen Räume und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Funktionen,
- wirtschaftliche Perspektiven für eine qualitätsorientierte, wettbewerbsfähige und unternehmerisch handelnde Landwirtschaft,
- im Rahmen einer multifunktionalen Landwirtschaft Honorierung gesellschaftlicher Leistungen in transparenter und global gerechter Form,

- Abbau von handelsverzerrenden und ökologisch kontraproduktiven Subventionen im Rahmen der WTO.

Oberste Priorität hat in dem so skizzierten Leitbild die Gesundheit der Menschen (Bundeskanzleramt 2001).

Zur Umsetzung der Strategie sind zahlreiche Initiativen ergriffen oder eingeleitet; es bleibt zu hoffen, dass die zu Recht mit Empörung aufgenommenen Skandale, die ökologische Produkte treffen, ihren Ursprung aber nicht in der ökologischen Produktion haben, die Chancen einer umweltverträglichen Landwirtschaft und Tierzucht nicht zu Unrecht unterminieren und zur dauerhaften Etablierung transparenter Lieferanten- und Produzentenstrukturen genutzt werden.

Von den Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Ernährung und Landwirtschaft hebt die Enquetekommission Globalisierung vor allem folgende Initiativen hervor: das Bundesprogramm Ökolandbau, das bundesweite Biosiegel, die Weiterentwicklung der EG-Ökoverordnung, das Ökolandbaugesetz, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sowie die Einführung der Modulation. Die GAK ist das wichtigste nationale förderpolitische Gestaltungsinstrument der Agrarpolitik. Es bietet die Chance, Richtung und Tempo der Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik zu steuern. Auch das Modulationsgesetz ist für die Bundesregierung ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Agrarpolitik und der Stärkung der ländlichen Räume. Die Bundesregierung ist bestrebt, Schritt für Schritt die Mittel für Leistungen der Landwirtschaft zur Verbesserung der Umwelt, für artgerechte Tierhaltung oder für eine nachhaltige ländliche Entwicklung einzusetzen.

Mit dem Bundesprogramm Ökolandbau, das 2002 und 2003 mit jeweils 35 Millionen Euro ausgestattet ist, soll erreicht werden, dass Angebot und Nachfrage von Bio-Produkten gleichgewichtig und dynamisch wachsen. Die vorgesehenen Maßnahmen werden daher auf allen Ebenen von der Erzeugung bis zum Verbraucher ansetzen. Zu begrüßen ist auch das Ziel der Bundesregierung, den ökologischen Landbau von derzeit 3,2 Prozent der Fläche auf 20 Prozent in zehn Jahren auszudehnen. Durch das Bundesprogramm werden die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Es ergänzt die bestehende Förderpolitik um Maßnahmen, die den Auftrieb des Ökolandbaus auf allen Ebenen von der Erzeugung bis zum Verbraucher stützen. Die von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft eingesetzte Projektgruppe von externen Sachverständigen und Verbandsvertretern hat dazu insgesamt 30 Maßnahmen vorgeschlagen. Sie sind entlang der Wertschöpfungskette zu drei Bereichen gruppiert („Landwirtschaftliche Produktion“, „Erfassung und Verarbeitung“, „Handel, Vermarktung, Verbraucher“) und werden ergänzt durch zwei Querschnittsbereiche („Technologieentwicklung und -transfer“, „Flankierende Maßnahmen“).

Der Entwurf für ein deutsches Bundes-Ökolandbau-Gesetz enthält Regelungen über die Durchführung des Öko-Kontrollsystems durch private Kontrollstellen sowie deren Aufgaben und Pflichten gegenüber den zuständigen Behörden. Dabei wird an der in Deutschland bewährten Kontrolle durch im Wesentlichen private Kontrollstellen festgehalten. Die Aufgaben und Pflichten der Kontrollstellen gegenüber den zuständigen Behörden werden ausführlicher geregelt. Eine Reihe von Vollzugsaufgaben soll bei der

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gebündelt werden.

Zum Schutz der Verbraucher vor missbräuchlicher Ökokennzeichnung oder -werbung werden eigenständige Straf- und Bußgeldtatbestände eingeführt (Bundeskanzleramt 2001).

Hier kommt es in erster Linie darauf an, finanzielle Mittel aus der bisherigen Produktionsförderung in die Förderung einer umweltgerechten nachhaltigen Landbewirtschaftung umzulenken, insbesondere in die Agrarumweltmaßnahmen. Entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie ist diese Neuausrichtung der Agrarförderpolitik einer der zentralen Punkte der Agrarwende (Bundeskanzleramt 2001).

Als nächste notwendige Schritte wären die Umschichtung von Fördermitteln z.B. für Flurbereinigung und Wegebau zu nennen sowie die Stärkung und der Ausbau des Vertragsnaturschutzes und die Förderung von Absatzgemeinschaften im ökologischen Landbau. Zur Finanzierung derartiger Maßnahmen wie zur Reduzierung der Umweltbeeinträchtigungen sollte eine Abgabe auf Düngemittel und Pestizide erhoben werden, deren Einsatz in Deutschland – im Gegensatz zum EU-weiten Trend – seit Mitte der neunziger Jahre wieder ansteigt. Hormonelle und antibiotische Leistungsförderer sollten dagegen nicht besteuert werden, sondern im Laufe der nächsten Jahre ihre Zulassung verlieren bzw. verboten werden (Jänicke, Volker 2002).

Literatur

- Barthel, C., Beyer, L., Brandel, R., Kristof, K., Micheel, B. (2002). Zukunftsbranche Lebensqualität: Herausforderung und Verantwortung für die sozial-ökologische Forschung. Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. Balzer, I., Wächter, M. München, ökom: 317–335.
- Beck, U. (1996). Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Beck. Giddens. Lash. Frankfurt/Main, Suhrkamp: 19 –112.
- Blöcker, U., Steinert, J. Zukunftsperspektiven für eine nachhaltige Wohnungs- und Städtebaupolitik. Positionspapier des Arbeitskreises Wohnungspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- BMI Bundesminister des Inneren (1970). Sofortprogramm Umweltschutz, BMI-Reihe „betrifft“ 3, Bonn.
- BMU Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit (1998). Das Umweltbewusstsein in Deutschland. Bonn, BMU.
- Böhnke, P., Delhey, J. (1999). Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland. Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Bruenhaar, M. (1996). „Lifestyles and domestic energy consumption.“ Change 32: 11–14.
- Bundeskanzleramt (2002). Nachhaltigkeit: Unsere Strategie., Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Bundeskanzleramt.
- Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (1971). Umweltprogramm der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache VI/2710, Bonn.
- Combach, R. (2002). Die Landstrasse – das letzte Paradies. Verhaltensforscher untersuchen, wie Autofahrer die täglichen Herausforderungen des Verkehrs erleben. Frankfurter Rundschau 3.4.2002, Frankfurt/Main: A1.
- Dahm, D., Fretschner, R., Hilbert, J., Scherhorn, G. (2002). Bedingungen der Zukunftsfähigkeit von Gemeinschaftsarbeit im Wohlfahrtsmix der Zukunft. Zukunft der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. Bosch, G., Hennicke, P., Hilbert, J., Scherhorn, G. Frankfurt, Campus i.V.
- Deutscher Bundestag, Ed. (1994). Ergebnisse des Studienprogramms der Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des 11. Deutschen Bundestages. Zur Sache. Bonn, Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag, Ed. (1998). Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Endbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags. Zur Sache 4/98. Bonn, Deutscher Bundestag.
- Dierkes, M. (1992). Leitbild und Technik. Berlin, edition sigma.
- Dörner, D.(1989) Die Logik des Mißlingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen. Rowohlt, Hamburg.
- Dror, Y. (2002). „Towards Knowledge-Intensive and Innovative Government.“ IPTS Report, EU Joint Research Centre Sevilla 64: 28–41.
- Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderung und Antworten“ des 14. Deutschen Bundestages (2002). Schlussbericht der Enquetekommission, Berlin.
- Fischer, D.; Pant, R. (2002). „Hersteller und Anbieter müssen das Negativ-Image von ökologisch optimierter Bekleidung überwinden“. Pressemitteilung 31.10.2002, Uni St. Gallen, Uni Oldenburg.
- Fischer, H. (2002) „Leute rauswerfen kann jeder“. Die Zeit, Wirtschaft, 26/2002. Hartmut Fischer ist Senior Manager der Unternehmensberatung Arthur D. Little GmbH, Berlin.
- Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel (1999). Lebensstandard in Deutschland. WZB-Mitteilungen 85, September. 23–26.

- Giddens, A. (1996). Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Beck. Giddens. Lash. Frankfurt, Suhrkamp: 113–194.
- GRE Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung, Ed. (1997). Energieeinsparung im Gebäudebestand. Berlin, edition sigma.
- Hans-Böckler-Stiftung, Ed. (2000). Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Heady, C. (2000). „Natural resource sustainability and poverty reduction.“ Environment and Development Economics 5(3): 241–258.
- Hildebrandt, E. (2002). Nachhaltige Entwicklung und die Zukunft der Arbeit. Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? T. Ritt. Wien, Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte. Informationen zur Umweltpolitik 149: 126.
- Hillebrand, B., Löbbe, K. (2000). Handlungsfelder und Optionen zur Nachhaltigkeit. Ergebnisse aus dem RWI-Projekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung.
- IWU Institut Wohnen und Umwelt (2001). Guter Ansatz – schwache Standards: Die neue Energieeinsparverordnung, Stellungnahme. Institut Wohnen und Umwelt, Berlin.
- Jackson, T. (2002). „Paradies-Verbraucher? Aufstieg und Fall der Konsumgesellschaft“, Natur und Kultur 3 (2): 55–74.
- Jänicke, M., Volkery, A. (2001). „Persistente Probleme des Umweltschutzes.“ Natur und Kultur 2 (2): 45–59.
- Jänicke, M., Volkery, A. (2002). Agenda 2002 ff. Perspektiven und Zielvorgaben nachhaltiger Entwicklung für die nächste Legislaturperiode. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: 40.
- Künast, R. (2002). Vielfalt für die Höfe – und auf dem Teller. Frankfurter Rundschau, 2. April 2002. 22.
- Lorek, S. (2002). Die Macht der Verbraucher? Landwirtschaft und Ernährung. M. Wohlan. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lorek, S., Eisenkölbl, M. (2000). Wege zu verantwortungsvollem Konsum – Orientierung für die gesellschaftliche Rahmensetzung. Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn: 22.
- Lorek, S., Spangenberg, J.H. (2001a). „Environmentally Sustainable Household Consumption. From Aggregate Environmental Pressures to Indicators for Priority Fields of Action.“ Wuppertal Paper 117: 57.
- Lorek, S., Spangenberg, J.H. (2001b). Reichtum und Umwelt. Reichtum heute. J. Stadlinger. Münster, Westfälisches Dampfboot: 155–170.
- Lorek, S., Spangenberg, J.H. (2001c). „Indicators for environmentally sustainable household consumption.“ Int. J. Sustainable Development 4(1): 101–120.
- Lorek, S., Spangenberg, J.H., Felten, C. (1999). Prioritäten, Tendenzen und Indikatoren umweltrelevanten Konsumverhaltens. Endbericht des UBA-Forschungsvorhabens 209 01 216/03. Wuppertal Institute, Wuppertal: 125.
- Luhmann, N. (1990). Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- March, J., Olsen, J. (1996). „Institutional Perspectives on Political Institutions.“ Governance: 247–264.
- Max-Neef, M. (1991). Human Scale Development. New York, London, Routledge.
- Milbrath, L.W. (1989). Envisioning a Sustainable Society. New York, State University of New York Press.
- Noll, H.H. (2000). Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, WZB Paper P00–505 Berlin.
- OECD (2001). OECD Environmental Outlook. Paris, OECD.
- OECD (2002). Measuring the non-observed economy. A handbook. Paris, OECD.
- Roepke, I. (1999). „The dynamics of willingness to consume.“ Ecological Economics 28 (3, Special Issue Consumption and Environment – Perspectives from Ecological Economics): 399–420.
- Scherhorn, G. (1991). Kaufsucht. Bericht über eine empirische Untersuchung. Hohenheim, University of Hohenheim, Institute for Domestic Science and Consumption Economy.

- Scherhorn, G. (1997a). „Das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags. Umweltzerstörung und Arbeitsplatzabbau haben eine gemeinsame Ursache.“ Politische Ökologie(50): 41–44.
- Scherhorn, G. (1997b). Konsum als Kompensation. Aufsätze 1993–1996. G. Scherhorn. Stuttgart, Universität Hohenheim: 69–85.
- Schmidt-Bleek, F. (1994). Wie viel Umwelt braucht der Mensch? Berlin/Basel, Birkhäuser.
- van der Sluijs, J. (Hg.) (2002). Managing Uncertainty an Science for Sustainability. Utrecht, Copernicus Institute.
- Spangenberg, J.H. (2003). Nachhaltiger Konsum – Genuss ohne Reue? Zeit für alles – Zeit für nichts, Jürgen Rinderspacher. Berlin, Edition Sigma.
- Spangenberg, J.H., Ed. (1995). Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe. Luton/Bedfordshire, Friends of the Earth Publ.
- Spangenberg, J.H. (1998). Umwelt(t)räume, Leitbilder, Indikatoren. Nachhaltige Entwicklung in Europa – Impulse für die deutsche Umweltpolitik. Was leistet ein nationaler Umweltpfad für ein zukunftsfähiges Deutschland? Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung in der Politik, Iserlohn, Ev. Akademie Iserlohn.
- Spangenberg, J.H. (2000). Zukunftsfähigkeit als Leitbild? Leitbilder, Zukunftsfähigkeit und die reflexive Moderne. Reflexive Lebensführung. Eckart Hildebrandt in Zusammenarbeit mit Gudrun Linne. Berlin, Edition Sigma: 249–270.
- Spangenberg, J.H. (2002a). „Institutional Sustainability Indicators: an Analysis of the Institutions in Agenda 21 and a Draft Set of Indicators for Monitoring their Effectivity.“ Sustainable Development 10 (2): 103–115.
- Spangenberg, J.H. (2002b). „The changing contribution of unpaid work to the total standard of living in sustainable development scenarios.“ Int. J. Sustainable Development 5 (4): 461–475.
- Spangenberg, J.H., Lorek, S. (2002). Lebensstandardmessungen einschließlich nicht-marktlicher Dienstleistungen. Die Zukunft von Dienstleistungen – ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität. Bosch, Hennische, Hilbert, Kristof, Scherhorn. Frankfurt, Campus.
- Spitzner, M. (2002). „Zwischen Nachhaltigkeit und Beschleunigung. Technikentwicklung und Geschlechterverhältnisse im Bereich Verkehr“. Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 11(2): 56–69
- Svanne, Ö. (2002). „Nordic Consumers and the Challenge for Sustainable Housing.“ Sustainable Development 10(1): 51–62.
- UK Government, Ed. (1994). Sustainable Development – The UK Strategy. London, HMSO.
- Vanek, F.M. (2002). „The sector-stream matrix: Introducing a new framework for the analysis of environmental performance.“ Sustainable Development 10 (1): 12–24.
- Weizsäcker, E.U. v. (1989). Erdpolitik: ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wijlding, H. (2002). The environmental impact of wealth, NOAH Studies Copenhagen.

Die Autoren

Joachim H. Spangenberg, Biologe, Ökologe, z.Z. Promotion in Volkswirtschaft. 1985–1991 Abgeordneten-Mitarbeiter und Referent der SPD-Bundestagsfraktion, 1992–1999 Projektbereichsleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, seit 2000 stv. Vorsitzender des Sustainable Europe Research Instituts, Wien/Köln, Publikationen zu Nachhaltigkeit, Umwelt und Konsum.

Sylvia Lorek: Studium der Oecotrophologie (Schwerpunkt Umwelt- und Verbraucherberatung) und Volkswirtschaft; arbeitet seit 1993 im Bereich nachhaltiger Konsummuster/Änderung der Lebensweise. Koordinatorin der AG Lebensweise des Forums Umwelt & Entwicklung und 1997–2000 Vorstandsmitglied TransFair Deutschland e.V. Von 1998–99 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie; seither freie Mitarbeiterin des Sustainable Europe Research Institute (SERI).